

«Herkömmliche Parteien bangen um ihre Zukunft. Derweil räumen Bewegungen von Gelbwesten bis «Fridays for Future» das Feld ab. Die ratlose Politik plappert ihre Thesen nach. Gehört die rasche Abfolge von Bewegungs-Hurrikans zum Klimawandel in Gesellschaft und Politik? Wie soll sich die Zivilgesellschaft darauf einstellen?»

Konrad Hummler
Präsident des Vereins Zivilgesellschaft

Masse in Bewegung

Strassenproteste treiben die Politik vor sich her.
Wie lange geht das gut?

Vor 30 Jahren überrannten mutige Bürger des Ostblocks die Grenzen der sozialistischen Regimes und lüfteten den Eisernen Vorhang. Die freie Welt jubelte: Ein Akt des zivilen Ungehorsams führte zu einer Sternstunde der freiheitlichen Demokratie. Die Protestbewegung von hunderttausenden Bürgern in Hongkong ist demgegenüber noch ein Experiment mit offenem Ausgang.

Aktivität ist Bürgerpflicht. Es gilt in Demokratien als vorausgesetzt, dass ein Grossteil der Bürger für politische Inhalte empfänglich ist und sich am Austausch der Ideen beteiligt. Sind Bewegungen wie «Fridays for Future» oder die «Gilets jaunes» also der Blutkreislauf der Demokratie? Ist nur der bewegte Bürger ein guter Bürger? Ja und nein: Bewegungen sind ein inhärenter Teil der Demokratie. Sie sind – neben Medien, Vereinen, der Familie oder den offiziellen Instrumenten von Wahlen und Abstimmungen – eine der Strukturen, in denen Realität verhandelt wird. Deshalb ist das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit auch verfassungsgemäss erlaubnisfrei und kein Privileg des Mächtigen.

Und doch sind Bewegungen als Macht der Strasse nicht der Normalfall der Willensbildung. Wenn diese sich zum permanenten Ausnahmezustand mausern, können sie den demokratischen Prozess sogar stören. Dann stellt sich ein Legitimationsproblem: Subversive Aktionen, Blockaden und lautstark vorgetragene Forderungen einer Minderheit geraten in Konkurrenz zu einem auf demokratischem Wege oft in mühsamer Weise gefundenen Konsens. Wenn mit Hilfe der Aufmerksamkeit von Medien und dem dadurch ausgeübten Druck Lautstärke und erpresserische Methoden belohnt werden und so zum Machtfaktor werden, droht eine Pöbelherrschaft.

Demokratie bedeutet aber, eine Minderheitsposition unblutig und gewaltfrei zu einer Mehrheitsposition zu machen. Bewegungen dürfen diesen Grundsatz nicht aushebeln. Sonst unterminieren sie die Grundlagen der Ordnung und damit die Voraussetzungen der Freiheit. Diesem höchst aktuellen Spannungsverhältnis versuchen wir in diesem Dossier auf den Grund zu gehen – und lassen dabei Vertreter und Anhänger aktueller Bewegungen genauso zu Wort kommen wie ihre Kritiker.

Gute Lektüre!

Die Redaktion

*Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir dem Verein Zivilgesellschaft.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».*

Das Leben und Sterben von Bewegungen

Wie soziale Bewegungen entstehen, sich entfalten und auswirken.

von Dieter Rucht

Hongkong, Venezuela, Moskau, Gelbwesten, Fridays for Future: Wer in diesen Tagen und Wochen die Nachrichten verfolgt, wird mit einer Fülle von Protesten konfrontiert. Es sind politische Kampagnen oder soziale Bewegungen mit ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Forderungen, Protestformen, Dynamiken und Wirkungen. Aber gibt es jenseits der Besonderheiten konkreter Erscheinungsformen Entstehungsmuster und Entwicklungsdynamiken? Gibt es sogar ein generelles Verlaufsschema, das lediglich im raumzeitlichen Kontext variiert wird? In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwogen Vorstellungen eines «natürlichen Lebenszyklus», der mit der Institutionalisierung bzw. Oligarchisierung der sozialen Bewegung sein Ende findet. Ein komplexeres Entwicklungsmodell mit insgesamt acht Entwicklungsstufen, die aber nicht alle zwingend durchlaufen werden, hat der Soziologe Otthein Rammstedt 1978 präsentiert. Angesichts der Vielfalt empirischer Bewegungsformen erscheint mir jedoch die Unterstellung einer quasiuniversellen Bewegungsphysik unhaltbar. Aber diese Vielfalt ist nicht unendlich. Vielmehr lassen sich bestimmte Grundmuster der Entstehungs- und Entwicklungsdynamik sozialer Bewegungen feststellen.

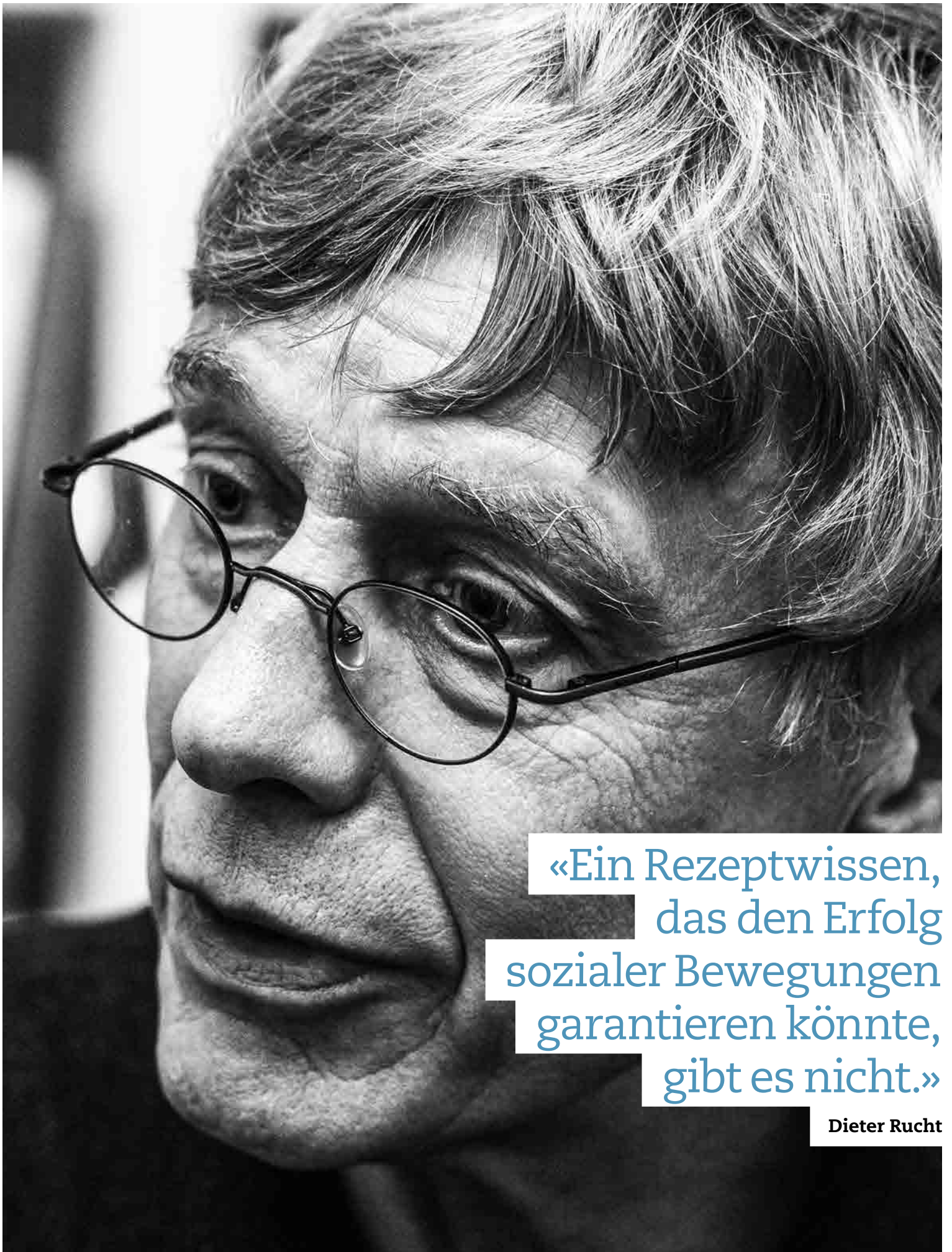
I. Entstehungsmuster

Keine Bewegung entsteht aus dem Nichts, auch wenn die Öffentlichkeit, am Tropf der Tagesaktualität hängend, vom plötzlichen Auftritt einer Bewegung überrascht sein mag. Es existiert immer eine kürzere oder längere Vorgeschichte, sei es der schwelende unorganisierte Unmut, sei es der zunächst kaum beachtete Auftritt einzelner lokaler Gruppen, sei es ein punktueller Anlass, der einen Flächenbrand oder gar eine singuläre Explosion auslöst.

Unzufriedenheit, Benachteiligung, Entrechtung, zuweilen aber auch das Bestreben, eigene Privilegien zu verteidigen, sind der unverzichtbare, aber keineswegs hinreichende Rohstoff, um eine Bewegung in Gang zu bringen und in Gang zu halten. Andere Faktoren, darunter Organisatorinnen und Organisatoren, die die Dinge in die Hand nehmen und zu Protest aufrufen, nicht zuletzt auch die Aussicht, mit Protest etwas bewirken zu können, müssen dazukommen. Es lassen sich drei Muster der Entstehung sozialer Bewegungen erkennen.

Reifeprozess: Bewegungen können langsam und gleichsam organisch heranreifen, um allmählich an Kraft zu gewinnen und sich zu verbreitern. In diesem Fall sind es oft schon länger bestehende Gruppen und Organisationen, die eine übergreifende Problemdeutung entwickeln, enger zusammenrücken und schliesslich gemeinsam handeln. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die seit den 1940er Jahren Konturen annahm und zunächst vor allem von afroamerikanischen Kirchengemeinden getragen wurde.

Strategische Planung: Bewegungen können, und mehr noch thematisch und zeitlich enger begrenzte politische Kampagnen, ein Produkt strategischer Entscheidung einzelner Personen sein, die gezielt eine Bewegung ins Leben rufen und ihr von Beginn an einen strukturellen Unterbau verleihen. Beispielhaft dafür ist die Initiierung der proeuropäischen Kampagne «Pulse of Europe» und die Gründung der linken Sammlungsbewegung #unteilbar in Deutschland durch die prominente Parteipolitikerin Sahra Wagenknecht.



«Ein Rezeptwissen,
das den Erfolg
sozialer Bewegungen
garantieren könnte,
gibt es nicht.»

Dieter Rucht

«Radikale Ziele gehen oft Hand in Hand mit der Wahl radikaler Mittel, wie das Beispiel terroristischer Bewegungen im linken wie im rechten Spektrum lehrt.»

Dieter Rucht

Spontane Eruption: Bewegungen können spontan und relativ unvermittelt aufgrund einer besonderen Bedingungskonstellation, z.B. einer akuten Krisensituation, einer folgenreichen politischen Weichenstellung oder eines markanten politischen Missstandes oder Skandals, entstehen und sich eruptiv Bahn brechen. Dieses Muster war bei den Volkserhebungen in Tunesien, Ägypten und einigen weiteren Ländern im Jahr 2011 zu beobachten. Bewegungen dieser Art fehlt es meist an organisatorischen Mitteln und strategischen Fähigkeiten, um langfristig und kontinuierlich politischen Druck zu entfalten. Manchmal sind es auch besondere Aktionsformen wie die wochen- oder monatelange Besetzung öffentlicher Plätze, die eine Beteiligung grösserer Bevölkerungskreise erschweren und schon qua Form kaum von Dauer sein können.

II. Entwicklungsdynamiken

Sofern sich Bewegungen über den Zeitraum von Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten halten können, sind verschiedene Verlaufsformen festzustellen. Manche Bewegungen werden durch eine Abfolge immer neuer phasenspezifischer Themenschwerpunkte in Gang gehalten und weisen unregelmässige Mobilisierungswellen auf. Das gilt beispielsweise für die Frauenbewegung, die zunächst vor allem auf die Öffnung von Bildungseinrichtungen und Berufsgängen für Frauen, dann auf das Frauenwahlrecht, später auf angemessene Repräsentanz in öffentlichen Ämtern, geschlechts-

neutrale Entlohnung, reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung und vieles mehr drängte. Teilweise in Verbindung mit diesen thematischen Schwerpunkten wurden auch mehrere zeitlich aufeinanderfolgende Generationen der Frauenbewegung identifiziert. Mit Blick auf stark schwankende Niveaus der sichtbaren Mobilisierung der Frauenbewegung wurde zudem auf Phasen des Halbschlafs (*movement in abeyance*) hingewiesen, in denen die Bewegung vermeintlich als inexistent wahrgenommen wurde.

Während die themenspezifischen Kampagnen der Frauenbewegung schon früh unter dem übergreifenden Nenner der Gleichstellung von Frauen oder – grundlegender – der Frauenemanzipation gefasst wurden, folgen andere Bewegungen dem Muster einer fortschreitenden Generalisierung. Am Anfang stehen eng gefasste und bescheiden anmutende Forderungen. Sowohl deren Missachtung oder Abwehr durch Gegenkräfte als auch erste Teilerfolge, die den Appetit auf weitere Zugeständnisse wecken, können dann zu einer thematischen Ausweitung, auch zu einer Radikalisierung führen. Begünstigt wird eine derartige Entwicklung dadurch, dass die Bewegten strukturelle Faktoren identifizieren, die ganz konkrete Übel hervorbringen. So richtete sich die Anti-Atomkraft-Bewegung zunächst lediglich gegen den Bau atomarer Anlagen an bestimmten Standorten, dann gegen das Atomprogramm in seiner Gesamtheit, den Raubbau fossiler Brennstoffe und Energieverschwendung, die Verflechtung wirtschaftlicher und staatlicher

Interessen im «Atomstaat», schliesslich gegen den renditegetriebenen «Wachstumswahn». Doch auch die gegenläufige Entwicklung kommt vor. Anfängliche Maximalforderungen, die auf den Umsturz des gesamten gesellschaftlichen Systems zielen, werden im Laufe der Zeit als utopisch, vielleicht auch gar nicht länger erstrebenswert erkannt und durch pragmatische Forderungen ersetzt. Das zeigt etwa die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in vielen kapitalistischen Ländern.

In engem Zusammenhang mit der Tiefe angestrebter gesellschaftlicher Veränderungen steht meist die Strategiewahl. Radikale Ziele gehen oft Hand in Hand mit der Wahl radikaler Mittel, wie das Beispiel terroristischer Bewegungen im linken wie im rechten Spektrum lehrt. Aber es gibt Ausnahmen von dieser Zweck-Mittel-Verknüpfung. Ein Zweig des heute noch existierenden Anarchismus im Umfeld der kleinen Zeitschrift «Graswurzelrevolution» propagiert die radikale Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft, aber setzt auf gewaltfreien zivilen Ungehorsam in Verbindung mit beharrlicher Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. Parallel zu inhaltlichen Transformationen können Bewegungen ihre Struktur verändern. Dies gilt am wenigsten für die oben erwähnten organisch gewachsenen Bewegungen; sie erweisen sich dank ihrer auf festen Knotenpunkten beruhenden Netzwerkstruktur als relativ stabil und träge. Dagegen sind Bewegungen, die durch einen kleinen Kreis von Organisatorinnen und Organisatoren ins Leben gerufen werden, mangels Masse und Erfahrung stark von externen Faktoren, insbesondere der kurzlebigen medialen Resonanz, abhängig. Lässt diese nach, so sinkt die Beteiligung, was wiederum das mediale Interesse mindert. Auch deshalb war grenzüberschreitenden Mobilisierungen wie «Pulse of Europe» und der linken Sammlungsbewegung #aufstehen in Deutschland nur eine kurze Existenz beschieden.

Eruptiv aufbrechende Bewegungen wiederum, in denen sich der Zorn von Menschenmassen Bahn bricht, können ihren ausserordentlichen Erregungs- und Aktivitätsgrad nicht lange aufrechterhalten. Ihr weiteres Schicksal hängt insbesondere davon ab, wie die Reaktionen der Gegenseite, in der Regel der politischen Machthaber, ausfallen. Das gilt in besonderer Weise für Bewegungen in autoritären Systemen. Massive Repression kann dem öffentlichen Protest ein Ende bereiten, wobei zunächst offenbleibt, ob damit künftiger Mobilisierung der Boden bereitet wird. Die Niederschlagung der Aufstände in der DDR 1953 und am Pekinger Platz des Himmlischen Friedens 1989 deuten auf unterschiedliche Langzeitwirkungen. Verallgemeinernd ist festzuhalten, dass Kräfte, Strategien und Taktiken der Gegenseite sowie Reaktionen Dritter, darunter der massenmedialen Öffentlichkeit, für fast alle Bewegungen zentrale, aber nicht alleinige Einflussgrössen bilden.

III. Niedergang und Wirkungen

Bewegungen, zumal solche in Form eruptiver Massenproteste, machen sich mit ihrem unmittelbaren Erfolg, z.B. der Durchsetzung eines angestrebten Regimewandels, selbst überflüssig. Frei-

lich sind sie oft von überschwenglichen Erwartungen an das neue Regime getragen, die in der Folgezeit nicht eingelöst werden. Wut, Enttäuschung, Zynismus oder Rückzug ins Private können daraus resultieren. Es ist aber auch möglich, dass eruptive Massenbewegungen durch partielle Zugeständnisse der Gegenseite, die ihnen damit den Wind aus den Segeln nimmt, besänftigt oder durch eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche in ein moderates und radikales Lager gespalten werden. Doch auch ohne externe Einwirkungen können sich Bewegungen aus unterschiedlichen Gründen zerlegen, beispielsweise durch persönliche Konflikte zwischen Führungsfiguren, ideologischen Zwist und fehlende Mechanismen und Instanzen, die in der Lage wären, zwischen divergierenden Strömungen zu vermitteln. Eine weitere Möglichkeit des Niedergangs einer Bewegung besteht darin, dass deren Impuls in andere organisatorische und strategische Bahnen gelenkt wird, zum Beispiel in Form einer Bewegungspartei, die allmählich zu einer etablierten Partei mutiert und sich dabei von ihren Wurzeln entfernt und entfremdet. Eine wiederum andere Endstufe einer Bewegung beruht auf der allmählichen Ermüdung und Auszehrung der Aktivistinnen und Aktivisten, welche trotz hohen Engagements kaum Erfolge verbuchen können, so dass sich schliesslich die breite Anhängerschaft enttäuscht abwendet. Ein solches Schicksal war zum Beispiel dem US-amerikanischen *Temperance Movement* beschieden, das sich gegen Produktion und Konsum von Alkohol richtete.

Die Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen sozialer Bewegungen lassen sich nicht in das Korsett eines universell gültigen Entwicklungsmusters pressen. Wie folgende Beispiele verdeutlichen, sind sie sehr unterschiedlich. Die Gelbwesten in Frankreich starteten mit einem furiosen Auftakt, aber erlebten dann einen schleichenden Niedergang. Die *Global Justice Movements* entwickelten sich zunächst unter dem Radar öffentlicher Aufmerksamkeit und wurden erst ab einem gewissen Mobilisierungsniveau als Bewegung wahrgenommen. Die historische Anti-Sklaverei-Bewegung endete mit ihrem Erfolg. Die Umweltbewegung bezieht aus neuen Themenschwerpunkten auch neue Kraft. Wiederum andere leiden und scheitern aufgrund ihrer internen Widersprüche oder externer Repression. Es sind viele Faktoren und Parameter in unterschiedlichen Kombinationen und mit unterschiedlichen Wechselwirkungen, die auf Bewegungen wirken. Das macht das Studium und insbesondere die Prognose der Entwicklung sozialer Bewegungen spannend, aber auch schwierig. Ein Rezeptwissen, das den Erfolg sozialer Bewegungen garantieren könnte, gibt es nicht. ◀

Dieter Rucht

ist emeritierter Professor für Soziologie und ehemaliger Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Der menschliche Herdeninstinkt

**Warum werden kultivierte Individuen in der Masse zu Barbaren?
Eine Erklärung mit Rückgriff auf Sigmund Freud.**

von Elizabeth Lunbeck

Jeder kann sich heutzutage Videoaufnahmen von rechtsextremen Kundgebungen in Europa oder Versammlungen der Alt-Right-Bewegung in den USA ansehen. In der Regel handelt es sich dabei um ausgelassene Spektakel, die an vollständiges Chaos grenzen – und bei denen der besorgte Zuschauer sich fragen wird, warum viele der Versammelten so voller Hass und Wut sind, so uneingeschränkt empfänglich für die Provokationen eines *Showman*, der sie dazu anstachelt, Intoleranz und Gewalt auszudrücken. Was ist mit ihnen passiert, diesen freundlichen, engagierten, gesetzestreuen Menschen? Mit einer Version dieser Frage im Kopf schrieb Sigmund Freud 1921 den Essay «Massenpsychologie und Ich-Analyse». Moment, Freud, sagen Sie? Tot, veraltet und irrelevant, behaupten seine Kritiker, ein Theoretiker des bürgerlichen Gedankenguts seiner Epoche, der zu unserem anspruchsvollen modernen Selbstverständnis wenig beizutragen hat. Ich bin anderer Meinung – tatsächlich würde ich behaupten, dass bestimmte Aspekte seiner Arbeit relevanter sind denn je.

In der «Massenpsychologie» geht Freud der Frage nach, was mit den Menschen geschieht, wenn sie sich in einer Menge befinden. Denn, schreibt er, was in der Vereinzelung vielleicht ein gebildetes Individuum war, ist in der Masse ein «Barbar, d.h. ein Triebwesen». Warum aber werden die individuellen Hemmungen, die das soziale Zusammenleben erfordert, so leicht von dem überwältigt, was in uns «grausam, brutal und destruktiv» ist? Und wie kommt es, dass die Masse einen Anführer zu brauchen scheint, einen Helden, dem sie sich mit Freude unterwirft? Menschenmassen sind im Grunde nur kurzfristige Ballungen, die sich schnell wieder auflösen, sobald ihre Aufgabe erfüllt ist, aber sie sind eigentümlich «autoritätssüchtig». Sie mögen anarchisch wirken, verhalten sich aber beeinflussbar, fortschrittsfeindlich und traditionsbewusst – wie «eine folgsame Herde, die nie ohne Herrn zu leben vermag». Freud argumentiert, dass weder Suggestion noch Ansteckung, also die Idee, dass wir die Menschen um uns herum nachahmen, den paradoxen Charakter der Masse als mitreissend, aggressiv und unterwürfig zugleich erklären kann. Vielmehr seien es die *Liebe* und all die emotionalen Bindungen, durch die sie zum Ausdruck kommt, die Menschen in einer Menge vereinen. Das

mag angesichts der leidenschaftlichen Wut, die sie an den Tag legt, kontraintuitiv erscheinen, aber es lohnt sich, Freud hier zu folgen. Denn erstens: Freud'sche Liebe ist keine sentimentale Angelegenheit. Sie umfasst ein breites Spektrum von Gefühlen, das von Selbstliebe oder Narzissmus über Freundschaft und «allgemeine Menschenliebe» bis zur Intensität sexueller Vereinigungen reicht. Und solche libidinösen, durch sexuelle Energie genährten Bindungen sind es laut Freud, die eine Gruppe von einer blossen Ansammlung von Individuen unterscheidet – ganz unabhängig davon, ob das Zusammenkommen spontaner und kurzlebiger Natur ist (wie im Rahmen einer Kundgebung) oder institutionalisiert (wie innerhalb von Kirche oder Armee). Freud ist Realist genug, um anzuerkennen, dass offenkundig liebevolle, intime Beziehungen zwischen Menschen immer mit Feindseligkeit vermischt sind. Man denke nur an die «Antipathie» zwischen Ehemann und Ehefrau oder an andere Gefühle, die langfristige Beziehungen prägen, sei es zwischen Geschäftspartnern, Nachbarstädten, West- und Ostdeutschen oder Engländern und Schotten. Liebe und Hass sind stets eng miteinander verbunden.

Die Feindseligkeit, die intime Beziehungen durchdringt, verblasst allerdings im Vergleich mit der Aggression, die wir gegen Menschen zu richten bereit sind, die wir nicht kennen. Dort ist unsere «Bereitschaft zum Hass» durchgängig wahrnehmbar. Umso bemerkenswerter sei es, schreibt Freud, dass diese Antipathien in der Masse verschwinden. Die Gruppe verschmilzt, während sie hasserfüllten Emotionen Luft macht; das scheint uns jetzt so weit plausibel, denn der gegen den anderen gerichtete Hass hat sich als verlässliche Quelle der Solidarität herausgestellt. Freud skizziert aber auch ein weniger unmittelbar eingängiges Szenario: Die Mitglieder eines Kollektivs verzichten untereinander auf die übliche Rivalität und Abneigung untereinander und nehmen stattdessen ein Ethos der Gleichheit und Brüderlichkeit an. Sie tun das, indem sie ihre Leidenschaften auf einen Anführer richten, einen Aussenseiter, den sie als höhergestellt behandeln und dessen Anziehungskraft stark genug ist, um gruppeninterne Feindseligkeiten zu neutralisieren. Freud beschwört ein bemerkenswert zeitgenössisches Szenario, wenn er den Leser bittet, sich eine «Schar von schwärmerisch verliebten Frauen und Mäd-

chen» vorzustellen, die einen Musiker nach dessen Auftritt umringt, um seine Aufmerksamkeit und vielleicht eine Strähne seines «Lockenschmucks» zu ergattern. Jede der Frauen versucht sich vor den anderen zu behaupten, aber allen ist bewusst, dass es ihnen mehr Nutzen bringt, auf ihr individuelles, rivalisierendes Begehren zu verzichten und sich auf Basis der gemeinsamen Liebe zum Star zusammenzuschliessen. Sie reissen sich nicht gegenseitig die Haare aus, denn so bekommt jede etwas von dem, was sie will: die Möglichkeit, dem Musiker zu huldigen und sich dadurch belebt zu fühlen. Und nicht nur bei einem Rockkonzert, auch im sozialen Leben allgemein übertrumpft die Identifizierung mit einem Anführer den Neid zwischen den Individuen und lässt sie zu einer Gruppe zusammenwachsen.

Freud greift bei dieser Darstellung durchaus gelegentlich in die Trickkiste, denn er interessiert sich nicht dafür, wie die Fans

des Musikers zum Entschluss gelangen, sich nicht mehr zu bekämpfen, sondern nur für die Tatsache, dass sie es tun. Seine Darstellung ist damit von grösserer deskriptiver als analytischer Kraft. Und doch ist sein Begriff der *Identifizierung* immer noch ein machtvolles Werkzeug, um menschliches Massenverhalten zu analysieren. Ein erfolgreicher Anführer lädt die Menschen ein, sich mit ihm zu identifizieren, und das setzt eine kräftige Dosis Idealisierung voraus. Man denke nur, schreibt Freud, an die Identifikation eines kleinen Jungen, der genau so werden möchte wie sein Vater und diesen zu seinem Ideal macht. Die Identifizierung kann aber auch auf der Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten beruhen, der Empfindung, dass man etwas Charakteristisches teilt. Der Anführer selbst erscheint darum oft als gleichzeitig überlebensgross und vertraut, grösser und heldenhafter als man selbst, aber dennoch menschlich und zugänglich.

In der heutigen Zeit überschneiden sich diese Dynamiken in der Figur von Donald Trump und seinen Ministranten. Wie Freuds exemplarischer Anführer lädt er als Politiker zur Identifizierung ein. In den Augen seiner Anhänger ist er ein idealisierter Held, der zu aussergewöhnlichen Leistungen fähig ist («Make America Great Again!»), zugleich aber ein ganz gewöhnlicher Kerl – einer von ihnen. Wie anspruchsvoll sein vergoldeter Lebensstil auch sein mag, sein Geschmack bleibt zugänglich («ein Biergeschmack mit einem Champagnerbudget», wie ein Kommentator in «The Guardian» schrieb). Trumps tosende Ressentiments, seine Ängste und sein Ekel sind für jeden offen zu erkennen, laden zur Nachahmung ein und legitimieren diese Nachahmung. Er ist auch ein Meister darin, mit dem Wunsch der Masse nach Transzendenz zu spielen, und setzt die eigene Grandiosität so ein, dass sich der einzelne als Teil von etwas Grösserem fühlen kann. Wie macht er das konkret? Zunächst weist er bei einem Auftritt die Zuschauer*innen auf eine Demütigung hin, die sie erlitten hat: «Wir sind es leid, die Sündenböcke für alles zu sein. Tea-Party-Anhänger, ihr wurdet unfair behandelt! Man hat euch ausgegrenzt.» In der Folge erklärt er sich zu ihrem Fürsprecher: «Ich habe wenigstens ein Mikrofon, mit dem ich mich wehren kann. Ihr habt keins!» Schliesslich teilt er seine Macht mit ihnen: «Ihr wisst gar nicht, wie gross ihr seid. Ihr kennt eure eigene Kraft nicht.» Nun ist es so weit: Trump und die Masse sind eins, die Identifizierung ist abgeschlossen. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Laura Clavadetscher.

«Menschenmassen sind im Grunde nur kurzfristige Ballungen, die sich schnell wieder auflösen, sobald ihre Aufgabe erfüllt ist, aber sie sind eigentümlich <autoritätssüchtig>.»

Elizabeth Lunbeck

Elizabeth Lunbeck

ist Professorin für Wissenschaftsgeschichte in Residence am Institut für Wissenschaftsgeschichte der Harvard University. Zuletzt von ihr erschienen ist «The Americanization of Narcissism» (Harvard University Press, 2014).

Wer ist hier eigentlich «das Volk»?

**Wen meinen wir, wenn wir «wir» sagen?
Ohne eine Antwort darauf sind die aktuellen
Massenbewegungen nicht zu verstehen.**

von Pascal Bruckner

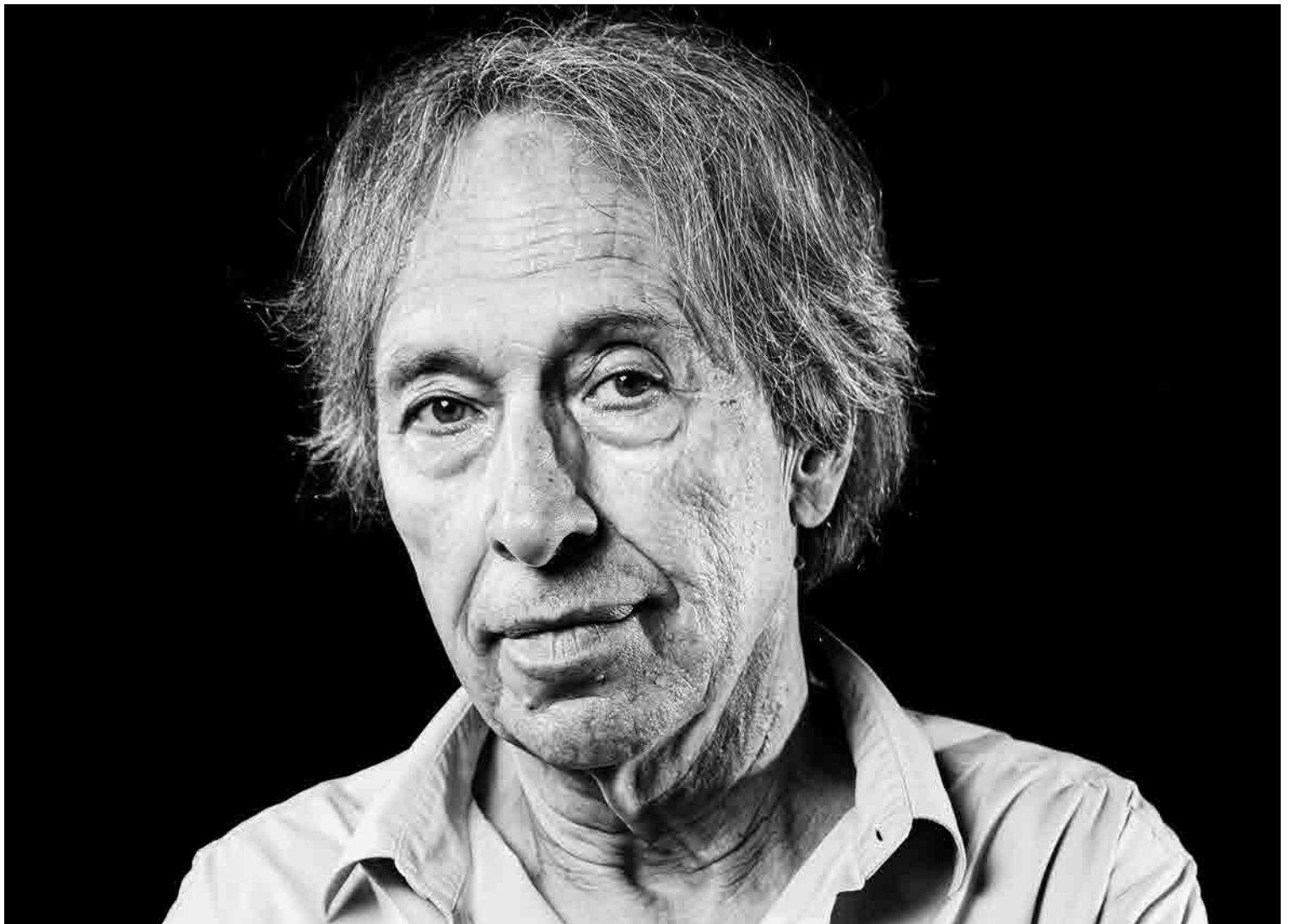
Als die französischen Revolutionäre die Dreiteilung der Bevölkerung in Adel, Klerus und den dritten Stand aufhoben und neu definierten, was «das Volk» sei, glaubten sie zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie wurden Gott los, der das Fundament der alten sozialen Ordnung gewesen war, und schufen ein vermeintlich unantastbares neues Fundament für die entstehende Republik. Ihr neuer *Demos* bestand nicht wie im alten Griechenland aus einer kleinen Gruppe von Bürgern, die Sklaven und Fremden ohne politische Rechte gegenüberstand, sondern aus einer breiten Masse von Bauern, Handwerkern und Kaufleuten, die sich gegen Mitglieder des Klerus, Aristokraten, Staatsparasiten und Spekulanten auflehnte.

Angriff der Stammeskrieger

Und es scheint, als hätten die Revolutionäre die politische Ideengeschichte vor ein ähnlich unergründliches Rätsel gestellt wie der Gottesbeweis die Theologen, denn seit 1789 kämpfen politische Ideologien darum, den Begriff «Volk» für sich zu vereinnahmen. Handelt es sich vielleicht um einen modernen Adelstitel? Im wesentlichen lassen sich heute drei Konzeptionen unterscheiden: das Volk als eigentliches Wahlvolk, als die Gruppe der Unterprivilegierten oder Proletarier und schliesslich als diejenige der unterdrückten Minderheiten. Während noch Karl Marx selbst sich weigerte, die Arbeiterklasse mit den Unterprivilegierten zu verwechseln – die Arbeiterschaft galt ihm als Triebkraft der Geschichte, letztere hin-

gegen war nur die amorphe Masse des «Lumpenproletariats», die immer in Versuchung war, eine Allianz mit der herrschenden Klasse einzugehen –, hat das Aufkommen neuer Kategorien von Unterdrückten (nämlich Einwanderer, Kriminelle, Flüchtlinge, Homosexuelle, Frauen, Kinder und so weiter) unsere Vorstellung davon, was das Volk sei, komplett durcheinandergewirbelt.

Ein Wahlvolk, das über Gesetze abstimmen und die eine oder andere Partei an die Macht bringen kann, läuft immer auch Gefahr, eine «Tyrannei der Mehrheit» hervorzubringen, wie Tocqueville am Beispiel der Vereinigten Staaten vorgetragen hat. In totalitären, faschistischen oder kommunistischen Regimes wird jeder, der sich dem von der Partei geführten Volk widersetzt, zum Feind der Menschheit erklärt und muss umerzogen oder eliminiert werden. Die Partei und insbesondere deren Anführer verkörpern den Willen der Bevölkerung auf höchster Ebene – sie wissen schliesslich am besten, was gut für sie sei. Meinungsvielfalt, Presse- und Religionsfreiheit und das Mehrparteiensystem werden verboten, streng kontrolliert oder existieren nur noch auf dem Papier. Die Französische Revolution mit ihrer Terrorherrschaft und den Notstandsgesetzen hat kurz und blutig, wie sie eben war, die totalitären Episoden des 20. und 21. Jahrhunderts vorweggenommen. Mittlerweile sind neue Protagonisten, die man die «Unangepassten» nennen kann, auf die politische Bühne getreten: Anarchisten, Zadisten, Sans Papiers, Indigene, Öko-Krieger und Dissidenten stellen die eingespielten demokratischen Verfahren auf den Kopf und begegnen ihnen mit dem



«Wenn wir die Reichen bestrafen und nicht die Armen bereichern, verschafft uns das vielleicht eine grosse symbolische Befriedigung – die Wege in die Knechtschaft sind aber auf der rechten und linken Seite dieselben.»

Pascal Bruckner



Pascal Bruckner, fotografiert von Lea Crespi / Le Figaro Magazine / laif.

Zorn ausgeschlossener Stammeskrieger. Diese Unsichtbaren von gestern stehen heute im Rampenlicht. Sie sind das neue Volk, das sich im Widerstand gegen die Privilegien des alten geformt hat. Das Paradoxe an diesen Bewegungen ist, dass sie sich für authentischer halten als den Rest der Bevölkerung – dabei ist genau das, was das Volk ausmacht, dass es sich über die Unmöglichkeit definiert, sich selbst zu definieren, und es fühlt sich gekränkt, wenn man es auf eine Formel bringen oder in seinem Namen sprechen will. Aber wie kann es sich behaupten, wenn es nicht weiss, was es ist? Es stilisiert sich zu einem Rätsel, das es nicht schafft, sich zu manifestieren, und auf einer endlosen Suche nach sich selbst ist. Der beste Weg, sich selbst zu begreifen, besteht darin festzumachen, wer nicht zum Volk gehört: Ausbeuter, Bosse, Reiche, Financiers, Schurken, Juden und Einwanderer. Auf der einen Seite stehen all diejenigen, die leiden und schufteten, auf der anderen Seite diejenigen, die Spass haben und ausbeuten. Das erklärt, warum in Ländern mit einer revolutionären Tradition, hauptsächlich in Lateinamerika, der Verrat durch die Eliten und die Korruption politischer Führer so oft zum Thema wird. Die «Masse» hatte ihnen das klare Mandat erteilt, Ungleichheiten zu beseitigen, die Märkte zu kontrollieren und Steuerhinterziehung zu verfolgen, sie aber haben sich mit dem System verbündet. Ein Psychodrama derselben Art wird derzeit in Frankreich von Seiten der Sozialistischen Partei aufgeführt: Die Doktrin ist rein, sie wurde nur von unwürdigen Politikern missbraucht. Niemand fragt sich, ob es nicht die Ideologie selbst sein könnte, die fragwürdig ist, und nicht deren politische Vertreter. Die schwierigste Aufgabe in einem pluralistischen System besteht anscheinend darin, eine Niederlage zu akzeptieren, ohne beim Gegner Lügen oder Unregelmässigkeiten zu wittern.

Revolutionär und unterwürfig zugleich

Fest steht: Das zum Idol erhobene Volk läuft immer Gefahr, sich in ein Rudel von Scharfrichtern zu verwandeln. Sigmund Freud hat in seinem Essay «Massenpsychologie und Ich-Analyse» von 1921 mit Bezugnahme auf Gustave Le Bon untersucht, wie sich das isolierte Individuum vom Menschen in der Masse unterscheidet. Letzterer, schreibt er, fühle sich unbesiegbar und von einem kollektiven Geist getragen; wie hypnotisiert verwandle er jede Antipathie sofort in Hass. Ist das einzelne Individuum noch vernünftig, so wird es in der Masse zum instinktgesteuerten Barbaren. Die Menschenmenge berauscht sich an Worten, die in ihr emotionale Stürme entfesseln, und baut Trugbilder auf, denen sie sich nicht entziehen kann. Sie will die aktuelle Macht entthronen, ist aber zugleich autoritätssüchtig und will «von einem unbegrenzt mächtigen Anführer beherrscht und unterdrückt werden». Es fällt schwer, diese Analyse nicht auf das Phänomen der Gelbwesten zu beziehen, die in Frankreich seit fast einem Jahr auf die Strasse gehen, wenn auch in mittlerweile deutlich geringerer Zahl (noch am 25. August drangen allerdings einige Gelbwesten in einen Supermarkt ein, um gegen die «Konsumgesellschaft» zu protestieren – unter dem fassungslosen Blick der Kunden, die sie anstarrten, als wären sie

Dinosaurier). Jacques Julliard meinte zu Recht, «das Volk» sei ein Konzept, das sowohl integrative als auch diskriminierende Züge aufweise. Es fasst ebenso viel zusammen, wie es ausschliesst, und vereint die Menschen nur dann, wenn es einen Bösewicht nennen kann, den es zu vernichten gilt. Die französische Linke glaubte vor einigen Jahren auf Anraten der Stiftung Terra Nova, «das Volk» in der Allianz zwischen der Jugend der Banlieues und den Stadtwohnern gefunden zu haben. Sie allein waren die Zukunftsträger unseres Landes, sie allein waren aufgeschlossen für die Welt. Das alte Frankreich der ländlichen Gebiete und Fabriken galt als zu konformistisch und zu sehr auf sich selbst bezogen, um überhaupt in Erwägung gezogen zu werden. Infolgedessen rutschte die französische Arbeiterklasse, die früher der Kommunistischen Partei angehört hatte, massiv in die rechtsextreme Ecke ab, die ihre Identität und ihre Traditionen verteidigte. Ein gewisser rechter Flügel war letztes Jahr erstaunt, das wahre Volk Frankreichs bei den Gelbwesten wiederzufinden, diesen (laut Eric Zemmour) «weissen Männern zwischen 30 und 50 Jahren», die unser liebes, altes Land verkörpern, wie General de Gaulle gesagt hätte, und sich auf den Kreisverkehrsinseln zum Affen machen. Dieses neue Frankreich hasst Ungleichheit und will weder Islam, Einwanderung noch Globalisierung, begeht aber denselben Fehler wie das alte. Das Volk ist nämlich überall dort, wo Franzosen sind, in Städten wie in Randgebieten, in schönen Wohngegenden und in Ghettos, aber auch in der Oberschicht oder bei Grossindustriellen, die genauso dazugehören wie die Mittellosen (auch wenn einige so sehr in die Genügsamkeit verliebt sind, dass sie Millionären die französische Staatsbürgerschaft entziehen wollen).

Das linke und das rechte Frankreich, die man einander so gerne gegenüberstellt, ähneln sich letztlich und kontaminieren einander gegenseitig. Die Unruhen in Paris, Bordeaux, Saint-

In Kürze

Bewegungen behaupten, Träger des wahren Volkswillens zu sein. Es kommt zu einer Vermischung von Wahlvolk und neuartigen Identitätsgruppen mit angeblich höherer Legitimität.

Wer es heutzutage schafft, den Begriff Volk zu kapern, kann parallel zum Gesetzgebungsapparat Macht ausüben; oft mit den Medien als Steigbügelhalter. Die Rollen von Freund und Feind sind klar verteilt, denn die Macht des Mobs differenziert nicht mehr und arbeitet sich an Trugbildern ab.

Es droht ein Abgleiten in rot-grün-braune Stammesgesellschaften, die ihren Anspruch auf höhere Wahrheit mittels einer Tyrannei der Minderheit durchsetzen. (mm)

Etienne und Le Puy-en-Velay im November und Dezember 2018 wurden durch die Aufstände inspiriert, die 2005 in Clichy-sous-Bois und 2007 in Villiers-le-Bel ihren Anfang nahmen, aber auch durch Aktionen des Schwarzen Blocks und solche von Anarchisten oder Zadisten. Was sie gemeinsam haben, sind die umgehende Gewalteskalation, die Brandstiftung, Zerstörung von Eigentum und Gewalt gegen Polizeibeamte – mit dem einen Unterschied, dass die Radikalsten unter den Gelbwesten in die Städte eindringen, um ausnahmslos alles zu zerstören. Die Stadt, dieses unreine, kosmopolitische Babylon, Quelle aller Laster und aller Korruption, sollte mit gesundem Zorn terrorisiert werden. Die Horden, die im Dezember 2018 und im März und April dieses Jahres auf ihrem Weg nach Paris oder anderswo alles zerstörten, die davon träumten, auf den Champs Elysées aufzumarschieren, sie zu plündern und den Kopf des Präsidenten vor sich herzutragen, erinnerten an die Roten Khmer, als sie in Phnom-Penh einzogen. Mit einem Unterschied: Soziale Netzwerke und die Allgegenwart der Medien verschaffen heutigen Vandalen einen unmittelbaren Resonanzraum. «Ohne Randal keine Medienpräsenz», lautete einer ihrer Slogans.

Braune Hemden unter gelben Westen

Dieselben Menschen, die nach den Anschlägen auf «Charlie Hebdo», das Bataclan und einen Supermarkt für koschere Waren zu Recht über den Protestruf «Bitte nicht alle über einen Kamm scheren!» der islamophilen Linken empört waren, beklagen sich nun lautstark, wenn die Gelbwesten mit den antisemitischen Aussagen einiger ihrer Mitglieder konfrontiert werden. Es darf nicht ausgesprochen werden, dass unter der gelben Weste oft ein braunes Hemd und ein tiefer Hass auf Kultur, Bildung und Schönheit steckt. Denn durch einen kuriosen geistigen Mechanismus, der an die Missgeschicke der Nachkriegsintelligenzija in Osteuropa erinnert, wurden viele rechte (und linke) Intellektuelle von den Gelbwesten entflammt. Sie sahen den Klassenkampf wiederaufleben, für sie erhob sich das wahre uralte Volk in den aus den Banlieues importierten Menschen. Mit der gleichen finsternen Ironie verleugneten eben diese Gelbwesten ihre intellektuellen Anhänger, wenn sie sie nicht gleich beleidigten, jagten oder ihnen das Sprechen verboten. Aber nein, wir haben nicht das Recht, das Image dieser wunderbaren Paladine der Freiheit zu schädigen. Das Volk ist schön, bewegend, authentisch wie ein Piaf-Chanson und nichts darf seinen Ruf beflecken oder seine Poesie trüben. Nur so lassen sich die Ekstaseschreie einiger Intellektueller «von unten» auf den Verkehrsinseln erklären, die wunderbare Solidarität auf den Rasthöfen der Autobahnen, die herzschnelzenden Seufzer, die an die der Vorgängergeneration in Anbetracht der Wunder der kubanischen oder maoistischen Regimes erinnern. Endlich haben sie das wahre Frankreich gefunden, wie unsere Vorfahren auf ihren Kreuzzügen einst das Heilige Land.

Die Gelbwesten hatten am Anfang alle Voraussetzungen, um populär zu werden: Sie waren Symbole der Mittelschicht, sie ver-

körperten die Angst vor Stellenabbau und sozialem Abstieg, also eine Angst aller Franzosen, und hätten die Anführer einer breitgestützten Bewegung gegen den Steuerwahn werden können. Ihr Geniestreich war dabei von Anfang an ihre Uniform: dieses fluoreszierende Messgewand, das von Radfahrern, Fussgängern und Arbeitern getragen wird, bezeichnet im Grunde niemanden und damit potentiell jeden. Leider versanken sie umgehend in Gewalt und Brutalität und verloren an öffentlicher Zustimmung. So legitim ihre Forderungen zu Beginn auch gewesen sein mögen, sie wurden von einem Wunsch nach Einschüchterung begleitet, der viele ihrer Anhänger absties. Genau das, was sie erfolgreich machte, hat sie letztlich diskreditiert.

Dennoch: Es steht zu befürchten, dass die Nachkommen von Pierre Poujade und Gérard Nicoud (zwei populistischen Führern der 1950er und 1960er Jahre, die kleine Händler vertraten), die sich mit Links- und Rechtsextremen und einigen fanatischen Umweltschützern zu einer massiven braun-rot-grünen Querfront zusammengeschlossen haben, zur politischen Standarte der Zukunft werden. Die Krise, in der sich die Gelbwesten aktuell befinden, ist in erster Linie eine mimetische, insofern als sie ihren Gegnern immer ähnlicher werden. Sie weisen die typischen Exzesse aufständischer Bewegungen auf. Dazu gehören systematische Beleidigungen, Morddrohungen und die Forderungen nach absoluter Loyalität – wehe denen, die beim Passieren von Strassensperren nicht hupen –, aber auch Zensur. Zeitungen wie die «Ouest France», die das Unglück hatten, Vorbehalte gegen sie zu äussern, wurden plötzlich nicht mehr verteilt. Die Nachrichtensender BFM, Europe 1 und France Télévisions sollten boykottiert werden, obwohl sie die Bewegung lange jenseits jeder Vernunft hofiert hatten. Zu sehen waren auch eine zerstörerische Wut, die pathologische Abscheu vor Macron, Vandalismus, ein Ekel vor Geld (vor allem demjenigen anderer), Verschwörung und Antiparlamentarismus. Der Hass auf die Reichen, die in Frankreich wohlbemerkt fast drei Viertel der Steuern zahlen, ist allerdings kein Beweis für Weitsicht, sondern Ausdruck einfacher Ressentiments. Stendhal hat es wunderbar auf den Punkt gebracht, als er konstatierte, die Französische Revolution habe mit der Abschaffung aristokratischer Privilegien vor allem Neid, Eifersucht und ohnmächtigen Hass als neue demokratische Leidenschaften geschaffen. Wenn wir die Reichen bestrafen und nicht die Armen bereichern, verschafft uns das vielleicht eine grosse symbolische Befriedigung – die Wege in die Knechtschaft sind aber auf der rechten und linken Seite dieselben.

Die unauffindbare Grösse

Was sind das nun für regellose Kategorien, die sich an der Spitze des emanzipatorischen Kampfes sehen wollen? Sie sind ein Teil, der sich für das Ganze nimmt und für das Ganze auf die Teile verweist. Die «Unterdrückten» und die «Zurückgelassenen» mögen ein Recht auf ihren Aufstand haben, aber nicht darauf, andere

Bürger zu delegitimieren. Sie rebellieren, wie sie sagen, um die Gesellschaft zu einen, und nicht, um sie zu fragmentieren. In den Vereinigten Staaten werden allerdings Minderheiten wie Hispanoamerikaner, Asiaten und Afroamerikaner bald eine demografische Mehrheit darstellen, die dank eines glühenden «White Bashing» an die Macht kommen könnte. Dass sie alles Weisse mit Füßen getreten hat, erklärt die Wahl von Donald Trump (und seine sehr wahrscheinliche Wiederwahl). Die ehemaligen Mehrheiten müssen symbolisch zerstört werden, um besser an ihre Stelle treten zu können. Wie Stalin oder etwas bescheidener Chávez, Marine le Pen oder Mélenchon zu behaupten: «Wir sind das Volk», bedeutet aber letztlich, andere unterdrücken zu wollen. Das Volk ist, wie Gott, eine unauffindbare Grösse, in dessen Namen alle Despoten sprechen.

Als Souverän existiert es nur dann, wenn es durch den Wahlprozess, die Verfassung und das Rechtsgefüge konturiert wird. Es muss die Gewaltenteilung respektieren und sich den vom Parlament verabschiedeten Gesetzen unterwerfen. Dass man die repräsentative Demokratie durch eine direkte Demokratie generalüberholen könnte, durch Referenden ergänzen, wie es heute gerne heisst, ist vielleicht richtig. Doch dieses System funktioniert in der Schweiz nur, weil Zivilgeist und Loyalität gegenüber dem Staat und der Nation absolut sind. Es kommt vor, dass «das Volk» Fehler macht oder auf Abwege gerät, die Brexitpanne ist der beste Beweis dafür. Sein Wille ist oft ein parteiischer, ja sogar unentschlossener, denn es ist von Natur aus geteilt und weiss nicht immer, was es will. Zuweilen verwandelt es sich in Pöbel oder in ein Sonderkommando. Die Demokratie bringt natürlicherweise auch ihr Gegenteil hervor, daher die Notwendigkeit, sie vor sich selbst zu schützen. Schon Platon wusste, dass das «grosse Tier» Volk sonst Gefahr läuft, in Anarchie zu versinken oder freiwillig in eine Autokratie überzugehen. Wir sollten die Tyrannei der Mehrheit fürchten, aber auch eine Tyrannei der Minderheiten ist gefährlich. Mein Vorwurf an diese wäre folgender: Ihr liebt nicht das Volk, sondern die fügsamen Armen.

Demokratische Krankheiten

Eine Diktatur der Minderheiten bedeutet, das Ideal des Volkes mit demjenigen Teil der Bevölkerung zu verwechseln, der diese Kategorie für sich in Anspruch nimmt. Die Tausenden von Unternehmen, die dank der Gelbwesten bankrottgingen, die geschlossenen Firmen, entlassenen Arbeiter und verlorenen Milliarden sind nicht die Schuld von Macron, den Rothschilds oder der Globalisierung, sondern die des Volkes, welches das Volk im Namen des Volkes unterdrückt. Eine bemerkenswerte, aber furchtbare Finte. Wer revoltiert, tut es oft zu Recht, aber ist nicht automatisch zu allem berechtigt, sobald er revoltiert, auch wenn er behauptet, zu den «Unglücklichen» zu gehören, und sein Leiden selbstgefällig in den Nachrichten zeigt. In wessen Namen verfügen wir, dass das Volk die Armen sind, und zwar nur die Armen, unter Ausschluss aller anderen Menschen, angefangen bei der Bourgeoisie? Das

wäre ein Volk, das durch einen ungerechtfertigten theoretischen Kraftakt neu konstruiert oder sogar neu konstituiert wurde. Das Volk ist ein Orakel, das sich durch die Medien und durch Kundgebungen immer wieder selbst offenbart. Daher stammt auch die sehr französische Sitte unter Intellektuellen der Linken, die eigene volkstümliche Herkunft zu entdecken oder zu betonen, man stamme aus einer unterprivilegierten Familie, die dem schlagenden Herzen der Unterdrückten nahesteht. Das christliche Lob der Armen als Symbole für die wahre Menschheit und Menschlichkeit ist aber ein katholisches Zerrbild und geht Hand in Hand mit der finanziellen und moralischen Korruption des Vatikans (während die Protestanten Arbeit wertschätzen und für Bettelei wenig übrig haben).

Unzufriedenheit ist die demokratische Krankheit par excellence, insbesondere wenn eine grosse Kluft zwischen den Versprechungen und den Taten einer Regierung besteht. Früher oder später müssen wir allerdings in die Realität zurückfinden und können nicht mehr immer neuen und ungerechteren Forderungen nachgeben, die sich aus einem gegenseitigen Überbietungswettbewerb speisen. Frankreich ist eine gesegnete Nation, die ihre Bürger wie kaum eine andere in Europa beschützt, und doch wird sie seit Jahren von Links- und Rechtsextremen als Galeere, Gefängnis oder abscheuliche Diktatur beschrieben. «Sie denken, sie seien in der Hölle, und so erschaffen sie die Hölle», schrieb Rimbaud. Das letzte Wort wird immer an der Urne gesprochen, durch Wahlen, die zu festgelegten Terminen stattfinden und die politischen Führer eines Landes abstrafen. Sie allein können die Frage beantworten, was das Volk will, und sie allein geben letztlich Aufschluss über dessen Absichten. Wer sich ihrem Ergebnis widersetzt und stattdessen das Gesetz der Strasse einführen will, wird zum Feind der Demokratie. ◀

Aus dem Französischen übersetzt von Laura Clavadetscher.

Pascal Bruckner

ist ein französischer Schriftsteller und Philosoph. Er gehört zum Umkreis der Nouvelle Philosophie, hat an der Sorbonne studiert und zahlreiche Essaybände und Romane veröffentlicht. Zuletzt ist von ihm erschienen: «Une brève éternité. Philosophie de la longévité» (Grasset, 2019). Bruckner lebt in Paris.

«Wenn man in Frankreich auf die Strasse geht, kann man Dinge verhindern»

Es brauche eine Revolution, und sie sei auch möglich, sagt ein prominenter Anhänger der Gelbwesten.

Eva Hirschi spricht mit Serge Quadrupani

Herr Quadrupani, wie ordnen Sie die Gelbwesten-Bewegung ein?

Für mich handelt es sich um die wichtigste soziale Bewegung Frankreichs seit 1968. Wegen ihrer Dauer, ihrem Beharren, der Form, die sie angenommen hat. Dank des Austauschs an den Kreiseln hat eine enorme Selbstpolitisierung stattgefunden, es war wie eine Volksuniversität. Das ist völlig neu, völlig unerwartet.

Am Samstagnachmittag zu streiken, indem man auf einem Verkehrskreisel grilliert, klingt nicht sehr schwierig. Die aktuellen Proteste in Hongkong sind ungleich kraftvoller.

Das kommt auf den Zeitpunkt drauf an. Jetzt gerade haben die Gelbwesten in der Tat an Kraft verloren. Aber als Hunderttausende von Menschen auf der Strasse und auf den Kreiseln versammelt waren, empfand ich dies nicht als eine schwache Bewegung, im Gegenteil. Der Vergleich mit Hongkong ist schwierig, weil der Kontext ein ganz anderer ist. Was aber interessant ist: Bei den Protesten der Gelbwesten sind viele Regenschirme aufgetaucht, man sieht also, dass sich die verschiedenen Formen von Unruhen gegenseitig inspirieren und unterstützen. Es ist einfach zu kritisieren, dass die Streiks nur am Samstagnachmittag stattfanden. Einerseits stimmt das nicht, es gab auch Personen, die die ganze Woche gestreikt haben. Andererseits konnten gar nicht alle Personen teilnehmen – eine alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern kann nicht streiken.

Warum hat man nicht vor dem Palais Bourbon gestreikt?

Die Kreisel stehen gewissermassen für die Knotenpunkte des Verkehrs, aber auch des Kapitalismus. Indem sie sich des Verkehrs angenommen haben, haben sie auch den modernsten Aspekt des Kapitalismus attackiert: den Transport. Der Kapitalismus von heute funktioniert nur, weil man Waren günstig von einem Ende des Planeten an den anderen bringen kann.

Die Gelbwesten haben keine klaren politischen Forderungen, es vermischen sich ganz unterschiedliche Anliegen.

Es stimmt, dass eine ganze Reihe an Forderungen auf verschiedenen Plattformen publiziert wurden. Was aber zählt, ist die fundamentale Botschaft dieser Bewegung. Einerseits ist das eine Ableh-

nung der Regierungsweise: Der Entscheid, die Steuer auf Treibstoffe zu erhöhen – als wäre der Klimawandel die Schuld der Autofahrer –, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Bevölkerung empfand eine tiefe Ungerechtigkeit und hat sich geweigert, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. Diese Verantwortung tragen viel eher die grossen Fabriken. Die Menschen protestierten gegen eine Form der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die ihnen gewaltvoll aufgezwungen wurde. Und dann gab es auch die Proteste «Fin du monde, fin du mois»: Durch die Bewegung der Gelbwesten hat man endlich gemerkt, dass es Franzosen gibt, die am Ende des Monats eine von zwei Mahlzeiten auslassen müssen.

Doch indem sie Kreisel blockierten, haben die Gelbwesten andere Bürger auf ihrem Weg zur Arbeit behindert, nicht die Politiker in Paris... Man kann nicht protestieren, ohne das Funktionieren der Gesellschaft in ihrem Ganzen zu behindern. Wenn es Individuen gibt, die sich daran stören, was geschieht, dann sollen sie sich den anderen anschliessen und ebenfalls streiken. Was ja viele gemacht haben. Es ist kein Zufall, dass die Bewegung gerade am Anfang in der Bevölkerung sehr viel Sympathie genossen hat. Wenn man einen Streik macht, der niemanden stört, dann ist er völlig sinnlos.

Frankreich hat eine lange Tradition der Streiks. Können diese überhaupt noch Wirkung zeigen oder haben sich längst alle daran gewöhnt?

Das ist der einzige Moment, in dem ich stolz bin, Franzose zu sein: Wenn man mir sagt, dass wir eine Tradition des Streikens haben (*lacht*). Die Maitage von 1968 haben in Frankreich eine institutionelle Form angenommen, die die Staatsmacht zum Erzittern gebracht hat. Seit damals haben die Regierenden Angst vor der Strasse. Wenn man in Frankreich auf die Strasse geht, kann man Dinge verhindern. Ich hoffe, dass dies auch bei zahlreichen anderen Völkern geschehen wird. Der «Arabische Frühling» hat auf jeden Fall bereits gezeigt, dass es auch zu anderen Zeitpunkten und an anderen Orten nützlich sein kann, auf die Strasse zu gehen.

Laut der französischen Verfassung ist der bewaffnete Aufstand illegal. In einem Rechtsstaat wie Frankreich darf man, um die Politik

zu verändern, keine Gewalt anwenden. Vielmehr gibt es politische Instrumente, die den Bürgern zur Verfügung stehen.

Mais chère Madame, es hat noch nie einen Gesellschaftswandel gegeben, der sich durch die Einhaltung von Regeln und Gesetzen ereignet hat. Wenn die Gesellschaft die Regeln und Gesetze nicht umstösst, wird sie sich nie verändern. Damit neue soziale Beziehungen entstehen, braucht es Druck. Natürlich wäre es das Beste, wenn dieser Druck entsteht, ohne dass Menschen zu Schaden kommen. Aber wenn man von Gewalt spricht, muss man zwischen der Gewalt gegen Dinge und der Gewalt gegen Menschen unterscheiden. Die Gewalt gegen Menschen wird gänzlich von Seiten des Staats ausgeübt. Wenn es Gewalt von Seiten der Protestierenden gegeben haben sollte, dann nur gegen Dinge. Wenn man nicht mehr zwischen Körpern und Objekten unterscheiden kann, zeigt dies, dass man diesen Zustand verändern muss.

Es gab aber auch verletzte Polizisten, selbst wenn das Innenministerium keine Angaben zur Anzahl der Schwerverletzten macht.

Von Seiten der Protestierenden weiss ich von einer Frau, die in Marseille durch eine Granate getötet wurde. Weiter gab es 24 ausgestochene Augen, ein Dutzend abgerissene Hände, Dutzende von Schwerverletzten. Ich wüsste nicht, dass es auf Seiten der Polizei Schwerverletzte gab. Die Repression gegen die Gelbwesten war von einer solchen Brutalität, die selbst das maoistische China beeindruckt hätte und die unter anderem vom Europarat, der UNO und Amnesty International verurteilt wurde. Dass bei der Ausübung dieser Repression – neben den Polizisten, die sich selbst verletzt haben – einige Polizisten durch Protestierende verletzt wurden, die sich gegen die extrem gewalttätigen Angriffe gewehrt haben, ist möglich. Aber man sollte nur das Vergleichbare vergleichen.

Mit Macrons Grand Débat und den Beschwerdeheften, wo Bürger ihre Sorgen melden können, zeigt sich der Staat aber offen für Reformen.

Das ist ein Witz. Das sind Managertechniken, die man ihnen bringt. Solche Debatten sind mehr Schein als Sein, das ist, wie wenn man mit den Arbeitern spricht und sagt, man habe ihnen zugehört, die Fabrik dann aber trotzdem schliesst. Diese Kommunikationstechniken sind im Prinzip nichts anderes als Propaganda- und Manipulationstechniken. Ausserdem hat die Soziologie der Teilnehmenden der Debatte nichts mit der Soziologie der Protestierenden zu tun, das waren unterschiedliche Bevölkerungsschichten.

Aber wie kann der Staat angemessen reagieren, wenn die Forderungen nicht klar und einheitlich sind?

Es geht nicht darum, um jeden Preis eine Lösung zu finden. Die Frage ist, wofür die Bewegung steht. Es ist offensichtlich, dass es im gegenwärtigen institutionellen und sozialen Rahmen keine Lösung gibt. Nur wenn man den sozialen Rahmen verändert, kann man der Verzweiflung und der existentiellen Misere der Menschen echte Lösungen entgegenbringen. Die wenigen, mageren Konzessionen...

... zum Beispiel das Einfrieren der geplanten Steuererhöhung für Treibstoff oder das Versprechen, den Mindestlohn anzuheben...

... gab es vor allem wegen den Unternehmern, die Angst bekommen haben und Macron von den brennenden Autos in ihren Quartieren erzählt haben. Doch diese Konzessionen ändern nichts am wahren Problem, das die Bewegung aufgedeckt hat.

Die Bewegung läuft aber Gefahr, politisiert zu werden, etwa durch die Rechtsextremen. Es gab antisemitische Parolen, der jüdische Philosoph Alain Finkielkraut wurde attackiert, auch Ausländer, Journalisten...

Es stimmt, die Rechtsextremen haben versucht, von der Bewegung zu profitieren, doch interessanterweise hat man gesehen, dass sie sehr schnell von den Protesten vertrieben wurden. Nur weil vier Idioten Dummheiten geschrien haben, heisst das noch lange nicht, dass eine Bewegung von hunderttausenden Menschen deswegen befleckt ist. Wenn die Medien nicht so sehr darauf aus gewesen wären, die Bewegung zu diskreditieren, würde man sehen, dass die grosse Mehrheit der Bewegung nichts mit Antisemitismus oder Ähnlichem zu tun hat. Wenn es gewisse Vorurteile – insbesondere gegenüber Ausländern – gibt, die in den unteren Bevölkerungsschichten herumgeistern, dann ist das aber auch kein Zufall: Seit drei Jahrzehnten behauptet die Regierung, dass die Ausländer das Problem seien. Durch dieses ständige Wiederholen kann es also gut sein, dass solche Meinungen nun auch unter gewissen Gelbwesten zu finden sind. Aber es sind nicht die vorherrschenden.

Wenn die Bewegung nun nicht wiederaufkommt, hat sie dann überhaupt etwas verändert?

Das hängt davon ab, was man unter Veränderung versteht. Wenn man damit kleine Veränderungen von marginalen Details meint, um danach genauso weiterzumachen wie vorher, dann hat diese Bewegung in der Tat nichts erreicht. Doch es geht um etwas ganz anderes: Die Bewegung hat die Frage nach einer Revolution gestellt. Wir befinden uns in einer Zeit, in der es keinen Raum für Anpassungen gibt, keinen Platz mehr für kleine Veränderungen am Kapitalismus, der die Menschheit in eine Katastrophe führt. Die Zeit der Schlichtung ist vorbei. Die Wünsche, die in dieser Bewegung geäussert wurden, sind inkompatibel mit der aktuellen Gesellschaft. Die einzige Möglichkeit, darauf zu antworten, wäre ein Gesellschaftswandel. Und das ist natürlich nicht im Interesse der Regierenden. Der Dialog ist somit unmöglich. Es braucht eine Revolution. ◀

Serge Quadruppani

ist Autor, Journalist und Übersetzer. Nach zwei historischen Romanen ist er nun vor allem in der Gattung «Roman noir» zu Hause, einer Untergattung des französischen Kriminalromans. Auf seinem Blog und in Zeitungen wie «Le Monde diplomatique» äussert er sich regelmässig zu Frankreichs Politik, insbesondere zur Bewegung der Gelbwesten.

Eva Hirschi

arbeitet seit mehreren Jahren als freie Journalistin für Schweizer Medien, seit dreieinhalb Jahren vor allem aus dem Ausland.

Die moralische Unvollkommenheit des Mehrheitsprinzips

Politische Autorität ist nur dann legitimiert, wenn sie der Minderheit genügend Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe einräumt. Im Dauerprovisorium Schweiz sollte diese Einsicht eine Bürgertugend sein.

von Thomas Moser

Politische Autorität kann heute nie allein nur deshalb legitim sein, weil eine Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern an ihre Legitimation glaubt. Der demokratische Rechtsstaat hat darüber hinaus die ethisch relevante Herausforderung zu meistern, dass die siegreiche Mehrheit nicht immer recht hat. Denn was ist die Mehrheit? Sogenannte «Mehrheitsentscheide» werden in der Schweiz von rund 20 Prozent des Volkes gesprochen: Beim Souverän handelt es sich nämlich um die Bevölkerung minus die Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht. Von diesem Schweizervolk bleiben die Stimmberechtigten übrig, minus die unterliegende Mehrheit der Teilnehmenden an einer Abstimmung.

Die Problematik des Mehrheitsprinzips offenbart sich also überdeutlich dadurch, dass der Souverän in unserm Land eine Minderheitsmehrheit ist. Umso mehr kommt es darauf an, wie mit den unterlegenen Minderheiten umgegangen wird, also jenen Minderheiten, die die Auswahl der Entscheidungsberechtigten, die Verfahren zur Entscheidungsfindung und die Art der Durchsetzung der Entscheide durch die politische Autorität zumindest nicht gut, vielleicht sogar falsch finden.

Wenn die gleichberechtigte Teilhabe aller am Entscheidungsprozess ein demokratiepolitisches Gebot sein soll, kann sich politische Autorität nicht allein über die Volkssouveränität legitimieren. In der Schweiz müssen Bürgerinnen und Bürger beispielsweise auch Grundwerte wie die direkte Demokratie, den Föderalismus, den Minderheitenschutz oder die Subsidiarität als Möglichkeiten der Partizipation und Interessenvertretung im Rechtsstaat anerkennen. Es ist anzunehmen, dass sich aufgrund solcher Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zusätzliche Legitimationsgewinne für die politischen Autoritäten in unserem Land ergeben. Das ist zu prüfen, denn der Glaube von Mehrheiten an die Rechtmässigkeit politischer Autorität ist im Sinne Max Webers zwar eine notwendige, aber meines Erachtens längst keine hinreichende Legitimationsquelle für die Ausübung von Herrschaft im demokratischen Rechtsstaat.

Zum Zweiten spricht die ethische Unvollkommenheit des Mehrheitsprinzips beispielsweise gegen idealistische Auffassungen, welche Legitimation als Legitimationsglauben oder derglei-

chen postulieren. Der demokratische Rechtsstaat hat immer normative Überschüsse, die von den Bürgerinnen und Bürgern angestrebt werden, aber nicht verwirklicht sind. Die Verfassung stimmt nie mit der Verfassungsrealität überein. Deshalb rechnet die direkte Demokratie mit einem hohen Revisionsbedarf und ist offen für höhere moralische Ansprüche. Die erkenntnisleitende Frage für diesen Text lautet folglich: *Soll die Minderheit der Herrschaftsunterworfenen politische Autorität auch dann anerkennen, wenn diese Autorität für sie falsche Entscheide durchsetzen muss, wie sie von der Mehrheit gewollt sind?*

Der Staat als Lernprozess

Kann die Aussage vom Mehrheitsprinzip als alleinige Legitimationsressource für politische Autorität widerlegt werden? Schliesslich sind schon nur ein überwiegender Grossteil der in Bundesbern anfallenden politisch relevanten Entscheide solche des Parlaments und nicht des Volkes. Bei der Begründung politischer Autorität muss es seit Aristoteles darum gehen, ob sie den Menschen ermöglicht, im besten Fall als moralisch vollkommene Wesen zu handeln. Aristoteles geht davon aus, dass der Mensch von Natur aus ein politisches und staatenbildendes Wesen ist und seinen höchsten ethischen Status erst als Bürger erreicht. Mit Sokrates hat dieser Bürger sogar die moralische Pflicht zum Gehorsam gegenüber Gesetzen.

Doch Gehorsam allein genügt heute nicht mehr. Entscheidend für die Legitimierung politischer Autorität ist, dass sie den Herrschaftsunterworfenen autonomes Denken und Handeln im Staat ermöglicht. Und zwar unabhängig davon, welche Zwecke politische Herrschaft verfolgt. Egal, ob sie das Schlimmste verhindert, ein gutes Leben für alle oder allen ein Leben in Freiheit ermöglicht, stets hat sie eine Begründungspflicht gegenüber den Herrschaftsunterworfenen. Legitimationsgrundlage der politischen Autorität ist seit Thomas Hobbes der Vertrag, der das Individuum mit Autonomie ausstattet und die Autorität Gottes und der Natur durch das Recht ersetzt. Bestimmend wird die Vorstellung, dass die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger nur durch solche Gesetze eingeschränkt werden darf, auf die sie sich mit allen andern im Rahmen fairer Verfah-

ren und Diskurse und auf der Grundlage gleichberechtigter Teilhabe einigen können.

Über den staatsphilosophischen Kontraktualismus der klassischen Neuzeit (Hobbes, Locke) resultierte über Kant mit dem gerechtigkeitsphilosophischen Kontraktualismus (Rawls, Habermas) eine politische Philosophie, gemäss der sich politische Autorität und Herrschaftsunterworfenen in bestimmten Modi der Selbstgesetzgebung vereinigen sollen. Bürgerinnen und Bürger der Moderne sollen die Rolle eines hypothetischen Gesetzgebers einnehmen und dabei auf Einigungsverfahren oder auf Verfahren argumentativer Rechtfertigung Bezug nehmen. Sie sollen nur denjenigen Normen folgen, von deren Richtigkeit sie sich selbst haben überzeugen können. Teilhabe ist ethisch relevant: Je besser die Möglichkeiten der direkten Mitwirkung bei politischen Entscheidungen, desto zufriedener die Menschen. Das zeigt die Glücksforschung. Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Weltanschauungen und konfligierenden Auffassungen wollen im demokratischen Rechtsstaat mitreden können. Das Gefühl, als Beteiligte am Staat ernst genommen zu werden, erhöht die Chance, dass sie politische Autorität in einem umfassenderen Sinn anerkennen können.

Die Begründung dafür liefert Rawls. Nach seinen Gerechtigkeitsprinzipien – einer Variante von Kants Prinzipien – hat jeder das gleiche Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das mit demselben Recht aller andern verträglich ist. Hierbei geht es nun offensichtlich um Gerechtigkeit und die Einsicht in die Sinnhaftigkeit und Zweckmässigkeit politischer Autorität, nicht mehr bloss um deren Legitimation. Faire Verfahren und offene Diskurse sollten für diese Art von Legitimation politischer Autorität mindestens so entscheidend sein wie das Mehrheitsprinzip.

Einsicht und politische Autorität scheinen sich sogar gegenseitig zu bedingen: Staaten werden autoritär, wenn sich der Herrschaftsanspruch einzelner oder weniger von der Zustimmung aller ablöst. Die antiautoritäre Reaktion darauf wäre aber ebenso falsch. Autoritarismus und Anarchie schliessen moralisches Handeln der einzelnen Menschen im aristotelischen Sinne aus. Die eine Position aufgrund mangelnder Selbstbestimmung des einzelnen, die andere wegen fehlender Übereinstimmung. Der demokratische Rechtsstaat dagegen kann als politische Ordnung gar nie genug legitim, gut und gerecht sein. Aus Sicht der politischen Ethik ist er nie fertig. Dieser liberale Staat ist kein Zustand. Er ist ein Prozess: ergebnisoffen und in seiner direktdemokratischen Form ein institutionalisiertes Provisorium. Es bildet den Rahmen für einen permanenten Lernprozess der ganzen Gesellschaft.

Ziviler Ungehorsam

Auch wenn wir annehmen, dass die Mehrheitsregel von allen akzeptiert ist, die Verfahren fair, die Diskurse offen geführt und transparent sind, gibt es in einer (fast) gerechten Ordnung immer noch ausreichend Konfliktpotenzial: Es kann Streit geben über die

richtige Verfassung, Recht und Gerechtigkeit, den Schutz des Lebens, die Machtausübung im Staat oder die äussere Souveränität des Staates. Und die politische Autorität muss allzu oft Entscheidungen fällen, die sie, aber auch andere in Dilemmata und Konflikte stürzen.

Gehen wir weiter davon aus, die Mehrheit im demokratischen Rechtsstaat hätte in fairen Verfahren freiwillig Lösungen zu den erwähnten Konflikten zugestimmt. Sie hätte dabei auch alle legalen Mittel zum Widerstand und zur Verfassungs- und Gesetzesänderung ausgeschöpft. Wäre in diesem idealtypischen Fall der Lernprozess der Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen, die politische Autorität im besten Sinn legitimiert? Keinesfalls.

Einer politischen Autorität, die behaupten würde, am Ende des Lernprozesses bei einem idealen Endprodukt angelangt zu sein, müsste die Zustimmung verweigert werden. Diese Autorität wäre totalitär, weil sie ihren Zweck erfüllt sähe und meinte, das friedliche Zusammenleben der Menschen im Staat und das Überleben des Staates in seinem Umfeld gesichert zu haben. Womöglich hätten zusätzliche extralegale Formen des Widerstands solche politischen Autoritäten rechtzeitig davor bewahren können, einer Ideologie der Lernverweigerung im umfassendsten Sinne nachzurrennen zu müssen.

Ziviler Ungehorsam ist deshalb unter bestimmten Voraussetzungen geboten, den Lernprozess im Rechtsstaat am Leben zu erhalten. Ziviler Ungehorsam – eine öffentliche, gewaltlose, gewissenbestimmte und gesetzeswidrige Handlung, so definierte es Hugo Adam Bedau 1971 – will eine Änderung der Gesetze und der Regierungspolitik herbeiführen, eben weil der Idealzustand des Staates für gewisse Bürgerinnen und Bürger offensichtlich noch nicht erreicht ist. Doch erst die von Habermas (1983) und Rawls (2017) formulierten Zusatzbedingungen qualifizieren zivilen Ungehorsam als Mittel in einem Verfahren, das politischer Autorität den postulierten Zugewinn an Legitimation verschafft. Es sind dies die folgenden Bedingungen:

- Ziviler Ungehorsam muss Regeln verletzen! Nur so erzielt er die Appell- und Signalwirkung, dass der demokratische Rechtsstaat mit seinen legitimierenden Verfassungsprinzipien über seine positiv-rechtliche Verkörperung hinausweist. Fälle, in denen der Staat Normen schafft und durchsetzt, die nicht auf moralischen Grundsätzen beruhen, müssen öffentlichkeitswirksam an den Pranger gestellt werden. Solche (spektakulären) Aktionen sind besonders geeignet, kollektive Lernprozesse auszulösen.
- Ziviler Ungehorsam darf die Verfassungsordnung als Ganzes nicht gefährden.
- Alle legalen Einflussmöglichkeiten sollen erschöpft sein, bevor ziviler Ungehorsam zum Einsatz kommt (Ultima-Ratio-Regel).

Systembedingte Rechtfertigungsprobleme der Teilhabe

Aber auch ziviler Ungehorsam ist abhängig vom Kontext, in dem er zur Anwendung kommt. In einer repräsentativen Demokratie



«Soll die Minderheit politische
Autorität auch dann anerkennen,
wenn diese Autorität für sie
falsche Entscheide durchsetzen
muss, wie sie von der Mehrheit
gewollt sind?»

Thomas Moser

Thomas Moser, zvg.

«Ziviler Ungehorsam will eine Änderung der Gesetze und der Regierungspolitik herbeiführen, eben weil der Idealzustand des Staates für gewisse Bürgerinnen und Bürger offensichtlich noch nicht erreicht ist.»

Thomas Moser

wie der Bundesrepublik Deutschland, in der die Bürgerinnen und Bürger zwar alle vier Jahre das Parlament und die Regierung wählen, aber nicht darüber abstimmen können, ob auf dem eigenen Staatsgebiet Raketen mit Atomsprenköpfen aufgestellt werden sollen, scheint ziviler Ungehorsam als Ultima Ratio besonders gerechtfertigt zu sein.

Zugespitzter stellt sich die Frage für die direkte Demokratie in der Schweiz: Ist ziviler Ungehorsam als extralegales Mittel ethisch gerechtfertigt, wenn den Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl legaler Möglichkeiten zum Widerstand und zur Verfassungs- oder Gesetzesänderung zur Verfügung stehen? Die Schweiz ist – wie gesehen – ein liberaler Staat, der nie fertig ist. Unser Land ist geprägt von der direkten Demokratie, einem Instrument, das für höchstmögliche politische Legitimation sorgt. In den Regierungen und Parlamenten ist die Macht unter den Parteien geteilt, was Stabilität schafft und die Reibungsverluste in der politischen Auseinandersetzung begrenzt. Der Föderalismus sorgt für Selbstbestimmung der Gliedstaaten, ermöglicht Ausgleich und beschränkt Ungleichheit. Die Subsidiarität ermöglicht einen schlanken und kostengünstigen Staat. Dazu kommt der Pragmatismus als Handlungsprinzip. Die Verträge, auf denen diese Zustimmungsmodi für die politischen Autoritäten auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene beruhen, werden fortlaufend nachgebessert. Die politische Autorität muss sich ständig erklären und rechtfertigen, jedenfalls solange es noch eine kritische Öffentlichkeit gibt. Die Förderung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger wäre heute das prioritäre Ziel einer neuen Aufklärung im digitalen Zeitalter, eine Bildungsoffensive gegen die selbstverschuldete Abhängigkeit durch Reizüberflutung infolge Orientierungslosigkeit.

Diese Ergebnisoffenheit hat jedoch ihren Preis. Weil es landauf, landab so viele Abstimmungen, Verfahren und Diskurse auf den unterschiedlichsten Staatsebenen gibt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Entscheide richtig oder falsch sein können. Oder dass keine Entscheide gefällt werden. Politische Probleme lösen wir ja häufig über Verfahren, weil die Inhalte so komplex sind. Der um sich greifende Reformstau als vermeintliches Gebot mehrheitsfähiger Politik ist ein zeitraubender Umweg, den wir uns offensichtlich (noch) leisten können. Dank den vielen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, aus denen sich eben auch Problemlösungsdefizite ergeben können, muss sich politische Autorität im Dauerprovisorium Schweiz jenseits des Mehrheitsprinzips umfassender legitimieren als anderswo.

Immer noch missachtet dieser Rechtsstaat auf Bundesebene beispielsweise, dass mitbestimmen sollte, wer Steuern bezahlen muss. Wer nicht eingebürgert ist, besitzt aber weder ein Stimm- noch ein aktives oder passives Wahlrecht. Für ein Land mit einem Ausländeranteil von rund 25 Prozent ist das problematisch. Die meisten dieser Menschen zahlen seit Jahren brav Steuern. Ebenso wie alle Schweizerinnen und Schweizer sind sie von kollektiven Entscheiden betroffen. Sie dürfen aber nicht mitentscheiden, ob in ihrer Gemeinde eine Umfahrungsstrasse gebaut oder das Schulhaus erweitert werden soll. Und wenn sich in einer Berufsschulklasse die eine Hälfte für politische Teilhabe interessiert, aber im Gegensatz zur satten andern Hälfte, die dafür nicht zu haben ist, sich weder als Wählende noch als Abstimmende einbringen kann, solange sie sich nicht «einbürgern» lässt, muss uns das für die Zukunft unserer Demokratie ganz besonders zu denken geben.

Die moralische Unvollkommenheit des Mehrheitsprinzips

Die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz haben zum Glück viele Möglichkeiten, die moralische Unvollkommenheit des Mehrheitsprinzips zu erkennen und zu bereinigen. Deshalb müssen die Verfahren und Diskurse für das Aushandeln und Durchsetzen von Regeln in diesem ergebnisoffenen Rechtsstaat – zusätzlich zum Mehrheitsprinzip – normative Bestandteile für seinen Fortschritt sein. Dazu gehört auch das Mittel des zivilen Ungehorsams. Im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie greift es in der direkten Demokratie als Ultima-Ratio-Regel einfach etwas später. Es liegt an der politischen Autorität in unserem Land, sich über diese Zustimmungsmodi zusätzliche Legitimation zu verschaffen. Meine These lautet also wie folgt: Politische Autorität ist dann und nur dann legitimiert, wenn die Minderheit genügend Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe hat. Das Mehrheitsprinzip ist für die Legitimierung politischer Autorität zwar notwendig, aber längst nicht hinreichend.

Für Aristoteles ist der Mensch ein politisches, aber auch ein sprechendes Tier. Politik ist der Ort, in dem das Wort herrscht. Gleichberechtigte Teilhabe im demokratischen Rechtsstaat ermöglicht es dem Menschen, zum rechten Zeitpunkt das richtige Wort zu

finden, um ein Handeln im Interesse der Gesellschaft auszulösen. Der Klimastreik der Jungen gehört definitiv dazu, sofern die politische Autorität ihre Worte begreift und klug handelt.

Wenn Bürgerinnen und Bürger nicht nur an Wahl- und Abstimmungssonntagen zu Wort kommen, sondern auch in fairen Verfahren und offenen Diskursen sowie allenfalls sogar zum extralegalen Mittel des zivilen Ungehorsams greifen, legitimieren sie politische Autorität viel besser, als dies das Mehrheitsprinzip jemals könnte. Die gleichberechtigte Teilhabe aller bei möglichst vielen Gelegenheiten hat schliesslich den moralischen Zweck, politische Autorität vor dem Irrglauben zu schützen, eine höchste Gemeinschaft von Gemeinschaften (Aristoteles) zu sein oder schlimmer noch, ein Königreich der Philosophinnen und Philosophen errichten zu wollen (Platon). ◀

Thomas Moser

ist Beauftragter des Regierungsrats für die Aussenbeziehungen des Kantons Bern.

Anzeige



Hier lässt es sich richtig gut entspannen.
... das ist der Blick vom See auf Ihr Appartement.

Ein aussergewöhnliches Appartmenthotel, grosszügig und komfortabel, ausgestattet mit besonderen Kunst- und Designobjekten. Die Sammlung schweizerischer Tourismusplakate wird Sie begeistern. Die Lage direkt am malerischen Weissensee mit herrlicher Sicht auf die Berge ist einmalig. Die Autorenschrift „Schweizer Monat“ liegt in jedem Appartment aus.

Ferienwohnungen mit Balkon direkt am Weissensee im Allgäu, nahe Schloss Neuschwanstein, mit Schwimmbad, Sauna, Wellness, Kinderclub, Frühstücksbuffet, Restaurant, Tiefgarage.

Seespitz
Ihr freundliches Haus direkt am Weissensee

Hoi Allgäu
Luka dem Allgäu für das Allgäu

Appartmenthotel Seespitz
Pfrontener Str. 45
87629 Füssen-Weissensee
Deutschland
Telefon +49 83 62/388 99
Telefax +49 83 62/388 90
E-Mail info@seespitz.com
www.seespitz.com
www.allgoi.com
Aktionär der SMH AG






Auf Kollisionskurs mit der Verfassung

Die Umsetzung der Forderungen der Klimastreikbewegung hätte massive Auswirkungen: Ein Systemwandel wäre ohne eine Einschränkung verfassungsmässiger Grundrechte nicht vorstellbar.

von Hans Rentsch

Die Bewegung «Fridays for Future» ist zwar ein erstaunliches Beispiel für eine erfolgreiche internationale Mobilisierung, jedoch ist diese nicht ganz so global, wie sie sich selber darstellt. Auf Wikipedia steht, die Bewegung sei im globalen Süden eine Randerscheinung, ebenso gebe es kaum Zuspruch in China, Südostasien, Korea, Russland und Japan. Diese Aufzählung ist unvollständig. Im gleichen Wikipedia-Eintrag ist zu lesen, die grösste Demonstration am Weltklimastreiktag (15. März 2019) in Indien habe mit 300 Teilnehmenden in Delhi stattgefunden. Und am selben Tag demonstrierten gemäss Wikipedia in Washington D.C. 1500 Schüler und Studenten. Wenn sich «Fridays for Future» als weltweite Bewegung sieht, besteht für sie die Welt nur aus rund einem Drittel der Weltbevölkerung. Die grössten Länder und Volkswirtschaften der Welt blieben bisher von der jugendlichen Klimabewegung praktisch unberührt. In der Schweiz dagegen erscheinen die Mobilisierung und die wohlwollende mediale Begleitmusik, gemessen an der Grösse des Landes, schon fast rekordverdächtig.

Die meisten Klimajugendlichen, geboren nach 2000, gehören der sogenannten «Generation Z» an. Der prominente US-amerikanische Sozialpsychologe Jonathan Haidt spricht aufgrund statistischer Daten für die USA von einer verhätschelten Generation. Diese werde von Eltern und Schule vor Risiken und Herausforderungen derart beschützt, dass es vielen beim Eintritt ins Berufsleben an der notwendigen Widerstandskraft gegen die Zumutungen des Alltags fehle. Angstzustände und Depressionen seien unter den Teenagern dieser Smartphone-Generation markant angestiegen, besonders bei den jungen Frauen. Ähnliche Trends gibt es in Europa. Greta Thunberg erscheint geradezu idealtypisch als wandelnde angsterfüllte Fragilität. «I want you to panic. I want you to feel the fear I feel every day», sagt sie dann auch, festgehalten in einer Ansprache am World Economic Forum (WEF).¹

Der verstorbene deutsche Soziologe Niklas Luhmann schrieb im Essay «Ökologische Kommunikation»², die umweltpolitische Debatte sei über Angst moralisch aufgeladen: «Wer Angst hat, ist moralisch im Recht, insbesondere wenn er für andere Angst hat.» Die Rhetorik der Angst wirke selektiv, indem sie die Entwicklung zum Schlimmeren betone und Fortschritte verschweige. Für die

klimapolitische Debatte mit ihrem Hang zu Übertreibungen gelten Luhmanns Aussagen in besonderem Masse – nicht zu ihrem Vorteil, denn Angst und moralische Aufladung behindern eine sachliche Auseinandersetzung.

Auf der Startseite von climatestrike.ch stösst man unter «Was wollen wir?» und «Wer sind wir?» auf eine eindrückliche Manifestation von Angst und Pessimismus. Man liest dort von Klimanotstand, Klimakatastrophe, Krise, katastrophalen Folgen, Hungersnöten, Wasserknappheit, vermehrten und stärkeren Stürmen, Waldbränden, Kriegen um knapp werdende Ressourcen, steigendem Meeresspiegel, weiteren Umweltkatastrophen und Überlebenskampf. Da fragt man sich: Wie soll ein Land mit einem so gestimmten Nachwuchs, unserer künftigen Elite, positiv in die Zukunft blicken, wenn sich obendrein noch ein Grossteil der Medien, der Politik und zahlreiche Klimaforscher mit der moralischen Militanz der Klimajugend solidarisieren?

Rabiate Forderungen, unüberwindliche Hürden

Man müsse die Sorgen der Menschen ernst nehmen, lautet eine beliebte Floskel im politischen Betrieb. Die Demonstrierenden ernst zu nehmen, bedeutet aber gerade nicht, sich unbesehen mit ihnen zu solidarisieren, sondern sich kritisch mit ihren Forderungen auseinanderzusetzen. Für die Schweiz postuliert die Klimastreikbewegung gemäss climatestrike.ch, «dass die Schweiz bis 2030 im Inland netto 0 Treibhausgasemissionen ohne Einplanung von Kompensationstechnologien verursacht». Man könnte eine derart überzogene Forderung entschuldigend der speziellen Lebensperspektive der Jungen zuschreiben: Elf Jahre sind für die meisten mehr als die Hälfte ihres bisherigen Lebens, und das erscheint ihnen als genügend lange Periode für ihre Umkrempelung der Gesellschaft.

Doch es gibt vier unüberwindliche Hürden für die Umsetzung der radikalen Ideen unserer Klimajugend: *wirtschaftliche*, *technische*, *verhaltenspsychologische* und *politisch-rechtsstaatliche*. Die wirtschaftlichen Aspekte, etwa die hohen Kosten des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umbaus, werden hier nicht diskutiert. Um die technische Machbarkeit der rabiaten Forderungen als illusorisch zu begreifen, fehlt es den Jugendlichen und ihren Sympathi-

santen an Einsicht in Zusammenhänge und Grössenordnungen. Selbst die viel mildere, vom Volk gutgeheissene *Energiestrategie 2050* beruht auf illusionären Erwartungen. Eine neue Empa-Studie³ hat zum Beispiel aufgezeigt, wie gross der zusätzliche Elektrizitätsbedarf wäre, wenn 20 Prozent der Personenkilometer von Privatautos und 75 Prozent der nach neustem Stand wärmegeämmten Wohnungen elektrifiziert würden. Die Stromlücke im Winter würde sich von heute etwa 4 TWh auf gigantische 22 TWh erhöhen, wenn alle AKW durch Fotovoltaikanlagen ersetzt würden. Die Schweiz müsste in einem Winterschlaf überwintern. Ein solches Extremszenario ist durchaus kompatibel mit der Position der Klimastreikenden, denn gerade sie sind als militante Moralisten auch gegen die Kernkraft.

Verhaltenspsychologisch betrachtet, übersteigen die Forderungen der Klimastreikenden die Opferbereitschaft der Bevölkerung bei weitem. Die beobachtete Gegenwartspräferenz der Menschen verhindert radikale Reformprojekte, die spürbar in den gewohnten Lebensstil eingreifen, vor allem wenn der Nutzen für das globale Klimaziel die ferne Zukunft betrifft und sich in homöopathischer Verdünnung auf die ganze Welt verteilt. Die Kantone bekunden jetzt schon Mühe, vergleichsweise zahme Vorlagen zur Umsetzung der *Energiestrategie 2050* beim Volk durchzubringen.

Demokratie und Rechtsstaat unter Stress

Falls den Forderungen der Klimastreikenden im aktuellen System nicht nachgekommen werden könne, brauche es einen Systemwandel, heisst es auf climatestrike.ch ebenso lapidar wie diffus. Bezogen auf die halbdirekte Demokratie der Schweiz, gerieten die Forderungen unweigerlich in Konflikt mit den Bürgerpräferenzen. Ein Systemwandel müsste diese durch staatliche Zwangsmassnahmen massiv umpolen. Doch viele Leute, die sich jetzt in Leserdebatten, bei Umfragen, in Abstimmungen und Wahlen mit klimapolitisch korrekten Antworten und Entscheidungen ein wohliges Gefühl verschaffen, haben noch nicht intensiv genug darüber nachgedacht, wie einschneidend ein solcher Systemwandel unseren gewohnten Alltag verändern würde.

Ohne Einschränkung verfassungsmässiger Grundrechte ist ein klimapolitisch begründeter Systemwandel nicht vorstellbar, umso mehr, als das CO₂-Nullziel ausschliesslich im Inland erreicht werden soll. Rein formaljuristisch sind in der Schweiz die Grundrechte nicht gut geschützt, da wir kein Verfassungsgericht haben. Das Stimmvolk könnte im Prinzip, entweder stillschweigend oder via Initiativen, auch sehr weitgehenden Einschränkungen von Grundrechten zustimmen. Politisch ist dies aber äusserst unwahrscheinlich.

Zur notwendigen energetischen Sanierung des Gebäudebestands und für radikale Reduktionsmassnahmen bei der Mobilität müssten Grundrechte wie die Wirtschaftsfreiheit und die Eigentums garantie massiv eingeschränkt werden. Auch extreme Beschränkungen von Grundrechten könnten zwar durch ein öffentliches Interesse oder durch den Schutz von Grundrechten Dritter

gerechtfertigt werden, wenn man das Thema Klimaschutz zum alles dominierenden existenziellen Anliegen unserer Gesellschaft macht. Auch die Verhältnismässigkeit von staatlichen Eingriffen wäre dann gegeben. Allerdings stipuliert Artikel 36 der Bundesverfassung, Einschränkungen von Grundrechten bedürften einer gesetzlichen Grundlage. Schwerwiegende Einschränkungen müssen im Gesetz selbst vorgesehen sein. Dagegen sind Referenden möglich und auch wahrscheinlich. Im gleichen Artikel steht aber, ausgenommen seien Fälle ernster, unmittelbarer und nicht anders abwendbarer Gefahr. Genau so dramatisch sieht die Klimajugend unsere aktuelle Lage. Geschickt verlangen sie die gesetzliche Verankerung des «Klimanotstands», um auch Grundrechte leichter einschränken zu können.

Stimmrecht für die Generation Smartphone?

Viel Sympathie in der Öffentlichkeit gibt es auch für die Forderung, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken. Das Anliegen ist bei der politischen Linken besonders populär, denn Jugendliche ticken linker als der Durchschnitt der Bevölkerung. Die vorgebrachten Argumente sind aber dünn. Die Zukunft gehöre den Jugendlichen, und deshalb müssten sie politisch mitbestimmen können. Jugendliche haben aber keine Vergangenheit. Sie sind noch ohne Geschichte und ohne Geschichtsbewusstsein. Damit fehlt ihnen auch der Massstab, um die Verhältnismässigkeit von Forderungen an die Gesellschaft zu beurteilen.

Das Projekt erscheint wie der politische Nachvollzug einer schleichenden Infantilisierung der Gesellschaft. Die Publizistin Claudia Wirz hat den sich aktuell abspielenden Prozess mit zwei sich ergänzenden Seiten treffend geschildert⁴: Die Kinder fordern, und die Erwachsenen spielen mit. Mit anderen Worten: Die Infantilisierung bezieht sich nicht nur darauf, dass die Jugendlichen fordern, politisch mitentscheiden zu können, sondern auch auf das unreflektierte Wohlwollen der Erwachsenen für die Forderungen der Jugendlichen. ◀

¹ «Ich möchte, dass du in Panik gerätst. Ich möchte, dass du die Angst fühlst, die ich jeden Tag fühle.» In: YouTube/«Guardian News» vom 25. Januar 2019: «I want you to panic: 16-year-old issues climate warning at Davos», ab 2:25 Minuten, www.youtube.com/watch?v=RjsLm5PCdVQ

² Niklas Luhmann: *Ökologische Kommunikation*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

³ Martin Rüdisüli, Sinan L. Teske, Urs Elber: *Impacts of an Increased Substitution of Fossil Energy Carriers with Electricity-Based Technologies on the Swiss Electricity System*. In: *Energies* 12, 2399 (2019).

⁴ Grosse Kinder – kleine Erwachsene. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. August 2019, www.nzz.ch/meinung/grosse-kinder-kleine-erwachsene-ld.1503223

Hans Rentsch

ist promovierter Ökonom und freier Wirtschaftspublizist. Er ist Mitgründer der Webseite cool-down-schweiz.ch und des Carnot-Cournot-Netzwerks. Im Februar 2017 erschien im Verlag NZZ Libro sein Buch mit dem Titel «Wie viel Markt verträgt die Schweiz?».

Ersatzreligion Klimarettung

Als junger Liberaler bei einer Demonstration von #FridaysForFuture in Berlin.
Wer klaut hier wem die Zukunft?

von Maximilian Tarrach

Ein heisser Freitagmorgen in den Sommerferien im Zug zum Berliner Hauptbahnhof. Ich bin unterwegs zu einer jener #FridaysForFuture-Demonstrationen, die – jedenfalls in den Medien – die ganze Welt in Atem halten. Ich werde heute selbst daran teilnehmen, wenn auch mit einer eher skeptischen Grundhaltung, zu der man als Liberaler in Berlin ja fast gezwungen wird. Ich jedenfalls habe mich längst daran gewöhnt, von den Themen der meisten Demonstrationen in der Stadt nicht euphorisch und bejahend angesprochen, sondern eher kopfschüttelnd und verzweifelt abgestossen zu werden. Erst kürzlich ist in meiner Nachbarschaft eine Gruppe von Alt-Achtundsechzigern angetreten, um mit einem «Sit-in» in Hanfsandalen ihren Messie-Nachbar zu verteidigen, der den Schimmel in seiner Wohnung schon bis unter das Sofa getrieben und den der Vermieter nach zehn Jahren Rechtsstreit nun doch erfolgreich aus der Wohnung geklagt hat. Damit will ich mich nicht solidarisieren.

Hier und heute demonstrieren aber keine älteren Damen und Herren, sondern blutjunge Schüler. Für das Klima. Auf dem Weg zum Invalidenpark treffe ich auf die ersten Demoteilnehmer; Baumwolltaschen und grüne Haarfarbe weisen mir den Weg zu einer Gruppe fröhlicher, mit Plakaten bewaffneter Klimaaktivisten. Sie nehmen mich in ihrer Mitte auf, das gemeinsame Ziel schweisst uns sogleich zusammen. Ich frage, wie alt sie seien und wie sie darauf gekommen seien, hier teilzunehmen. Sie heissen Martha, Christina und Adriane, zwei sind 14, eine ist 15 Jahre alt, sie kennen sich aus ihrer Klasse. Ungefähr die Hälfte ihrer Klassenkameraden würden der Bewegung positiv gegenüberstehen und sich an den Protesten beteiligen, erfahre ich. Bei ihnen spüre ich nichts von jener Panik, von der die 16jährige Klimastreik-Initiantin Greta Thunberg immer wieder spricht und die sie von der Menschheit einfordert. Eher eine aufgeregte und von Vorfreude geprägte positive Stimmung, ja: Stolz! Die Aktivitäten verleihen ihnen Selbstvertrauen.

Nur zwei Jungs in ihrer Klasse – ihre Blicke verdüstern sich – seien gegen die Demos. Aus welchem Grund, frage ich. Sie würden ihnen unterstellen, nur die Schule schwänzen zu wollen. Dabei sei das ganz und gar nicht ihre Absicht, wie sie mir mit ernstem Gesicht versichern: «Wir werden gezwungen, die Schule zu schwän-

zen, weil die Lage so furchtbar ist.» Wie grotesk unsere Gesellschaft doch geworden sei, sagen sie, dass sich die Jugend der Politik widmen müsse, statt sich ausbilden zu können. «Wurdet ihr für euer Fernbleiben von eurer Schule bestraft?», frage ich. «Nein», sagen sie mir. Sie müssen für ihre regelmässigen Fehlzeiten am Freitag keine negativen Konsequenzen befürchten. Ihre Klassenlehrerin wäre eine Unterstützerin ihrer Sache. Sie hätte ihnen mitgeteilt, dass sie selbst auch ihren Unterricht schwänzen würde, wenn sie an ihrer Stelle wäre. So viel Einsicht von der Klassenlehrerin können nicht alle erwarten. Aber heute sind zum Glück Ferien. Alle Schüler sind in ihrer Freizeit und damit gesetzeskonform hier.

Teenie-Sommerparty am Mauerbrunnen

Angekommen an der Demo. Wir stehen nun vor dem Mauerbrunnen, einem aufsteigenden steinernen Koloss, der an die Teilung der Stadt erinnern soll. Das Rauschen des Wassers wird an diesem Tag übertönt von den vielen kreischenden und pfeifenden Jugendlichen, die sich hier eingefunden haben. Wie unter meiner ersten Kontaktgruppe herrscht auch hier eine ausgelassene Stimmung. Wenn die Plakate nicht wären, könnte es sich auch um eine nette Sommerparty handeln. Eine kleine Bühne ist aufgebaut, grosse Lautsprecher tragen die Stimmen der jungen Aktivisten über den weitläufigen Platz.

Das anwesende Publikum ist sehr jung. Wenn ich Erwachsene in der Menge erhasche, sind sie kaum zu erkennen, denn sie tragen bunte T-Shirts und Basecaps. Wollen sie ebenso jung und hip wirken wie die Kinder? Hauptsächlich finden sich hier Schüler zwischen 13 und 18 Jahren. Ein paar Studenten und junge Arbeitnehmer haben sich um sie herum postiert. Anzugträger, Geschäftsleute, auch Bürger mit Migrationshintergrund sind kaum vertreten. Der Protest ist überwiegend weiss, weiblich und gebildet. Er kommt augenscheinlich aus der bürgerlichen Mitte, die allermeisten Jugendlichen hier vor Ort sehen aus, als würden sie wohlherzogenen, gut situierten Elternhäusern entstammen. Bei meinen Nachfragen stosse ich tatsächlich nicht auf Hauptschüler oder Realschüler, sondern ausschliesslich auf Gymnasiasten. Ihre Ausdrucksweise ist flüssig, ihre Wortwahl sehr erwachsen. Zufäl-



Jugendliche an einer Fridays-for-Future-Demonstration, fotografiert von Jannis Große / imago images.

lig hier ist niemand, und um eine Antwort verlegen auch nicht. Es demonstrieren hier klar und eindeutig argumentierende Überzeugungstäter. Für meinen Geschmack etwas zu eindeutig. Sie sehen die Fakten so sehr auf ihrer Seite, dass sie sich nicht zu einem langen Diskurs genötigt fühlen. Die Lage sei doch offensichtlich.

Sein und Sollen fallen hier wunderbar zusammen, Fakten und Moral vereinigen sich zu einer harmonischen, aufgeklärten Welt-sicht. Das ist nicht nur beeindruckend, es ist verführerisch. Aufgrund ihres Mangels an Selbstzweifeln sind sie ungemein offen und geben mir bereitwillig Auskunft. Doch ich muss mein Interesse an ihnen auf später verschieben, denn nun treten die ersten Schüler an das Mikrofon und heizen die Stimmung an. Nichts ist geplant. Man merkt ihnen an, dass sie nicht genau wissen, was sie sagen sollen. Deshalb nimmt sich eine der Aktivistinnen das Mikrofon und ruft: «Habt ihr Lust auf ein paar Demosprüche?» Natürlich haben das die Schüler. Und so geht es los: «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.» Diese Schlachtrufe kennt man schon aus dem Fernsehen. Die Plakate auch. Ich lese «Endlich raus aus der Kohle!» und «CO₂-Steuer: JETZT!». Es gibt aber auch kreativ-witzige Aufschriften wie «Ich wäre gern so heiss wie das Klima!» oder «Wenn das Klima eine Bank wäre, hättet ihr es schon längst gerettet!».

Smartphones, Markenschuhe, Klimademo-Hopping

Raus aus dem Getümmel, ich will mehr wissen: Was denken diese Schüler über den Klimawandel? Wie stellen sie sich die Zukunft vor? Sind sie bereit für die grossen Veränderungen, die sie einleiten wollen? Was ich aber nun erfahre, ist dünn. Eigentlich wollen sie nur, dass sich andere Gedanken machen. Ständig sprechen sie von Aktivismus, den es bräuchte, aber sie meinen nicht den eigenen. Die da oben mit Geld und Macht, die sollen endlich loslegen! Die Politik – wer auch immer damit gemeint ist in einer Demokratie – soll es richten und die Forderungen ganz einfach umsetzen. Um deren Konsequenzen, sagen sie mir, wüssten sie durchaus: weniger Fliegen, weniger Fleisch, weniger Geld. All diese Einschränkungen scheinen sie nicht zu jucken. Doch irgendwie bleibt mir doch der Eindruck, als würden sie die wirtschaftlichen Einschnitte, die sie fordern, überhaupt nicht auf ihr eigenes Leben beziehen. Wie viele Einbussen sie in ihrem aktuellen Lebensstil hinnehmen müssten, auch was das für ihre berufliche und familiäre Zukunft bedeuten könnte, scheinen sie schlicht auszublenden. Es geht um eine höhere Sache. Da muss man eben zurückstehen.

Doch wie ich das hier am Mauerbrunnen mit meinem oberflächlichen Blick erkennen kann, haben die Schüler durchaus einiges zu verlieren: Sie tragen teure Markenschuhe und Smartphones. Einige können es sich sogar leisten, in ganz Europa von Klimademo zu Klimademo zu reisen: Klimademo-Hopping, aber natürlich CO₂-frei! Ein junger Student, mit dem ich spreche, Marko, lebt bereits mit 18 Jahren in London, wo er sich auf Klimarecht spezialisieren will. Er kommt aus Berlin, will aber nicht mehr fliegen, was bedeutet, dass er für jeden Heimaturlaub eine

über 20stündige Zugfahrt in Kauf nehmen muss. Dafür habe er ein reineres Gewissen, wie er mir versichert. Dass die hohen Mehrkosten für seine CO₂-Askese wohl seine Eltern tragen, bleibt unausgesprochen. Den Lebensstil der «Fridays» muss man sich erst einmal leisten können. Aber wollen sie tatsächlich zu Fuss oder mit dem Zug nach China reisen, um ihr Smartphone abzuholen?

Anbiederung von Eltern, Politikern, Medien und Konzernchefs

Der fundamentale Unterschied zwischen der häufig in diesem Zusammenhang zitierten 1968er-Bewegung und den «Fridays» liegt genau darin: Hier stehen keine Spontis, die in muffeligen Pull-overn und wassersparenden Kommunen ein Einsiedlerdasein führen. Hier stehen Kinder der Topverdiener mit den wahrscheinlich höchsten Konsumausgaben pro Kopf. Sie leben alles andere als asketisch, reden aber besonders gern über einen «bewussteren» und «moralischeren» Konsum. Auch die positive Reaktion der Medien ist ein Gegensatz zu '68. Wurden die Demonstranten damals als faules Pack und übermütige Unruhestifter gesehen und von Boulevardzeitungen wie «Bild» nur allzu oft verspottet, wird den Schülern heute von allen Seiten auf die Schultern geklopft. Politiker, Medien und Konzernchefs reissen sich darum, den jungen Leuten zu hofieren, sich ihrer Sache anzunehmen, sie in einen Dialog einzubinden, sie zu den exklusivsten Gipfeln und Entscheidungsgremien einzuladen. Wer ist eigentlich dieser grosse Gegner, gegen den sich der Protest richtet? Sind es, wie bei den 1968ern, die Eltern? Auch das ist heute schwieriger zu beurteilen. Zwar ist die Argumentationslinie ähnlich, damals lautete der Vorwurf: Wie konntet ihr Auschwitz zulassen? Heute heisst es: Wie konntet ihr den Klimawandel zulassen? Die familiären Entfremdungen aber fallen diesmal aus. Die Eltern stellen sich der moralischen Konfrontation ihrer Kinder. Sie ermutigen sie sogar zum Protest und gestehen ihre Sünden ein.

Aufgrund eines Ausbleibens eines echten Gegners haben die «Fridays», wie sie sich selbst nennen, bisher mediales Oberwasser. Oberlehrer- und gönnerhaft erklären sie uns, was schiefgelaufen ist in der Welt und was jetzt zu tun sei. Wenn Luisa Neubauer in der Sendung «3 nach 9» des NDR gefragt wird, ob sie das Treffen mit Emmanuel Macron – immerhin der Präsident eines nicht ganz kleinen europäischen Landes – beeindruckt habe, kommt nur ein Achselzucken. Das sei ja alles ganz nett gewesen, aber ändere nichts an der schlimmen Weltlage. Macron habe letztendlich nicht verstanden, weshalb sie auf die Strasse gingen. Die Forderungen der «Fridays» scheinen sehr schwierig zu sein, wenn selbst der Verstand des französischen Präsidenten nicht ausreicht, um sie zu begreifen. Was für eine Chance habe ich dann überhaupt?

Kritik an einer angeblich untätigen Regierung

Ebenso wie den 1968ern die Regierung Willy Brandts als protofaschistisch vorkam, so empfinden die Schüler heute die alles andere als zurückhaltende Klimapolitik Deutschlands als einen riesengrossen Schwindel. Sie reden so, als geschähe in diesem Poli-

tikfeld gar nichts. Dabei hat Deutschland im internationalen Vergleich mit die grössten Anstrengungen zur CO₂-Reduktion unternommen und als Hochindustrieland auch die grössten Herausforderungen zu stemmen. Von der für 2020 angepeilten 40prozentigen Reduktion der CO₂-Emissionen sind bisher nur 32 Prozent erreicht worden. Wenn so ein vollkommenes Scheitern aussieht, dann doch bitte mehr davon!

In meinem Kopf wimmelt es nun von Fragen: Müsste die ganze politische Debatte nicht eigentlich umgekehrt verlaufen? Müsste nicht die Regierung Preisschilder vorschlagen? Also eingestehen, dass ein machbarer Klimawandel nur mit einem CO₂-Preis, also dann mit einer CO₂-Steuer, zu schaffen ist? Und müssten dann nicht die jungen Leute gegen die übereilten Schritte demonstrieren, weil nämlich diese Ideen ihren digitalen Lebensstil, an den sie sich so gewöhnt haben, existenziell bedrohen? Müsste nicht die Jugend aufstehen, weil Eigenheim, Auto und Urlaub durch diese Preise und Steuern so teuer werden, dass sich selbst die obere Mittelschicht unter ihnen solche künftigen Luxusgüter nicht mehr leisten können? Müssten sie nicht für eine kostengünstige Klimawende streiten, statt für eine, die keine Rücksicht auf die Kosten nimmt?

Ich werde aus meinen Gedanken gerissen, denn die Schüler sind mit ihren Demogesängen am Ende. Und immer wenn die jungen Leute nicht mehr wissen, was sie auf der Bühne verkünden sollen, stellen sie einfach die Musik lauter. Zu KIZs Dauerhit «Hurra, die Welt geht unter» tanzen sie sich förmlich in Ekstase – auf mich wirkt es eher wie die Darbietung einer New-Age-Gruppe als eine politische Demonstrationsveranstaltung. Doch der Unterhaltungsfaktor ist mitnichten zu vernachlässigen: Veranstaltungen wie diese etablieren sich immer stärker als eine allgemeine Freizeitbeschäftigung. Anstatt «Gehst du heute zum See?» heisst es «Ich geh zur Klimademo. Kommst du mit?». Demonstrieren als moralisch aufgeladenes Hobby. Könnte es auch meines sein? Wohl kaum. Ich ziehe mich zurück und lasse die tanzende Klimajugend allein.

Segeltrips und Spaltungen

Wenig hoffnungsvoll stimmt mich auch, was ich danach bei meiner Recherche im Internet über den Fall von Jannik Schestag lese.¹ Der 26jährige Student und Jungpolitiker der Ökologisch-Demokratischen Partei Deutschlands – einer grünen Kleinpartei, die immerhin einen EU-Abgeordneten stellt – erklärte sich bereit, über 70 000 Euro für diese Züge vorzustrecken und sich darauf zu verlassen, dass die «Fridays» mit Spenden, Fundraising und eigenem Ticketverkauf zumindest einen Teil der Summe wieder einnehmen würden. Nach dem erfolgreichen Streik wollen diese ihn aber nicht ausbezahlen, obwohl sie das Geld für die Zugfahrten von ihren Teilnehmern wieder eingesammelt haben. Lassen die «Fridays» für das Geld in der Kriegskasse ihre hochmoralischen Ansprüche einfach fallen? Gegenüber der «Welt» äusserte sich Carla Reemtsma, eine der Sprecherinnen der #FridaysForFuture, knapp und unwirsch zu dem Fall: «Jannik hat gesagt, privat haften zu

«So nett und sympathisch, aufgeweckt und klug diese jungen Leute auch sein mögen – bei ihren wirtschaftspolitischen Vorschlägen läuft es mir eiskalt den Rücken herunter.»

Maximilian Tarrach

wollen. Die Frage ist jetzt, ob wir als Bewegung die Kosten rückwirkend übernehmen oder nicht.»² In undurchsichtigen WhatsApp-Gruppen – den einzigen offiziellen Anlaufstellen der nirgends gemeldeten oder im Vereinsregister eingetragenen Bewegung – soll jetzt über das finanzielle Schicksal des jungen Mannes entschieden werden. Er hatte die 70 000 Euro von seinem Erbe abgezwickelt. Da er mit niemandem einen Vertrag über die Summe abgeschlossen hat, kann er nur auf den guten Willen oder das schlechte Gewissen der Schüler hoffen.

Das positive Echo einer grünen akademischen Elite und die intensive, wohlwollende bis unterstützende Berichterstattung der Medien spornt die Schüler zu immer neuen Leistungen an. Dabei entstehen grandios inszenierte PR-Aktionen, wie solche, dass Greta Thunberg mit einem Regattaschiff eines monegassischen Prinzen nach New York übersetzt, um keinen CO₂-Fussabdruck beim Kampf gegen den Klimawandel zu hinterlassen. Doch für ihre Segelfahrt müssen mindestens sechs Segler anschliessend nach New York fliegen, um das Boot wieder nach Europa zurücksteuern zu können.³ Wenn Greta einfach direkt mit ihrem Vater nach New York geflogen wäre, hätte sie eine günstigere CO₂-Bilanz hinterlassen. Was lernen wir daraus? Wir sind doch alle Sünder. Es gibt kein «reines» Leben, solange unsere Gesellschaft von fossilen Kraftstoffen abhängt. So leicht fällt der Ausstieg aus der Zivilisation dann eben doch nicht.

Es fehlen auch nicht die typischen Spaltungen, wie sie alle rasch gewachsenen Organisationen erfahren. Linksradikale Gruppen versuchen die Bewegung zu unterwandern und ihre Kapitalismuskritik stärker in den Vordergrund zu stellen. Die Marxis-

tisch-Leninistische Partei hat laut «Spiegel» versucht, ganze Ortsgruppen der «Fridays» zu kapern.⁴ Die bisherigen Spitzenfiguren um Luisa Neubauer und Carla Reemtsma wollen das nicht. Sie wehren sich. Doch wie lange geht das noch gut? Auch gegen sie – wer hat die beiden und andere eigentlich auserkoren? – gibt es innerhalb der Bewegung Widerstand. Sie seien zu sehr als Privatpersonen in den Medien präsent. Ich erinnere mich an die auffällig unauffälligen Blicke der Schüler auf Luisa Neubauer. Sie stand im Hintergrund neben dem Podium und unterhielt sich mit ihren Mitstreitern. Fast schien mir, dass ihre Anwesenheit die Schüler ergriff und ihre Bekanntschaft mit Greta Thunberg, der eigentlichen Glaubensstifterin, etwas von dem sakralen Glanz auf sie übertrug.

Klimareformation

Für mich ist die Ersatzreligion Klimarettung schon fast perfekt installiert. Das Glaubensbekenntnis ist ihr neuer Klimakatechismus, ihre Klimaerklärung von Lausanne⁵, die sie gerade auf einem ihrer letzten Gipfeltreffen verabschiedet haben. Wie es für einen heiligen Text Brauch ist, wimmelt es darin von Widersprüchen und weit auslegbaren Allgemeinplätzen. Darin zu lesen ist etwa, dass die Politik «mehr auf die Wissenschaft hören sollte». Donnerwetter, was für eine Einsicht! Darauf wären die Abgeordneten ohne die «Fridays» sicherlich nicht gekommen.

Der Gottesdienst mit Busse und Erlösung der Sünden findet also heutzutage am Freitag statt. Die Hölle ist für sie unzweifelhaft die Klimakatastrophe. Etwas weltlich zwar, aber durch zeitlichen Abstand weit genug entfernt, um die genügend erschreckende Drohkulisse für einen Erlösungswillen zu bilden. Wie für den Puritanismus üblich, gibt es keinen Beichtstuhl, dafür aber genügend Bekehrungsgeschichten. Die erst 23jährige Luisa Neubauer hat ihr Instagram-Profil von den früheren weltlichen Sünden – viele Fotos von Orten, die man in nützlicher Frist nur per Langstreckenflugzeug erreicht – gereinigt.⁶ Nachdem also sie fast die ganze Welt von Hongkong über Kanada bis Tansania gesehen hat, darf es nun für den Rest der Erdenmenschen etwas bodenständiger zugehen. Nach dem Gottesdienst am Freitag geht es – wie bei allen anderen Religionen auch – wieder hinein in das Leben und weit weg von den hehren Ansprüchen der Priester. Wenn die «Fridays» schon keinen Verein für ihre Sache gründen wollen, dann sollten sie ernsthaft über eine Kirche nachdenken. Das wäre ehrlicher und könnte sich auch finanziell für sie auszahlen.

Erziehung einer neuen Art von Menschen

Die religiösen Vergleiche und Metaphern sind mehr als Polemik, denn Verzicht ist immer moralisch und am Ende religiös. Die Menschen verzichten nicht freiwillig auf Dinge, die ihnen Freude bereiten. Deshalb muss man ihnen ein schlechtes Gewissen einreden und einen Weg aufzeigen, wie sie zu angeblich besseren Menschen werden können. Dann nehmen einige es freiwillig auf sich, den Predigern zu folgen. Die Bewegung #FridaysForFuture ist deshalb ersatzreligiös, weil sie darauf hofft, eine neue Art von Menschen erziehen

zu können. Einen Menschen, der nicht mehr nach Bequemlichkeit, Wohlstand und Genuss strebt, sondern sich im Angesicht einer Bedrohung freiwillig in einen puritanischen Lebensstil flüchtet.

Wir Sünder arbeiten lieber daran, Technologien zu entwickeln, mit denen wir weiterhin Auto fahren, Fleisch essen, weit reisen und ein Selfie auf einem der letzten schneebedeckten Berge aufnehmen können. Dieses Bekenntnis zum Leben, zum Genuss und zum Alltagshedonismus können die «Fridays» nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Und genau das ist der Punkt, an dem es unversöhnlich wird. Es ist eine ernste Frage, ob man den Menschen Mensch sein lässt, mit all seinen kleinen und grossen Sünden, oder ob man nur noch moralische Menschen als solche akzeptiert. Die «Fridays» haben ihre Wahl getroffen.

Auf den Publizisten und Herausgeber der «Welt», Stefan Aust, wirkte die Bewegung «wie ein moderner Kinderkreuzzug».⁷ Mir ist das zu brachial, denn eignen sie sich für den Dienst an der Waffe? Ich sehe sie eher als eine Art Klimareformation – eine Bewegung mit 95 Thesen gegen die aktuelle Klimaschutzpolitik, die sie an die Wand des Wirtschaftsministers nageln wollen. Die jungen Leute kommen mir vor wie der junge Luther, der zum ersten Mal in Rom ein Freudenhaus sah und darüber seinen Glauben verlor. Sie sehen ihr Smartphone an und können nicht glauben, dass es tatsächlich mit Kohlestrom betrieben wird. Statt «sola scriptura» fordern die Schüler «sola scientia», was sich so leicht und ehrlich anhört, aber nur in neuen Auslegungstreitereien enden wird. Verblendet vom heiligen Wort der angeblich so reinen Wissenschaft können sie die kompromissbereite Politik der Gegenwart nicht mehr ertragen. Sie warten mit einer rigorosen Pflichtethik auf, die mich zum Schaudern bringt. So nett und sympathisch, aufgeweckt und klug diese jungen Leute auch sein mögen – bei ihren wirtschaftspolitischen Vorschlägen läuft es mir eiskalt den Rücken herunter. In einem umgekehrten Sinne haben sie in ihren Appellen an die Zukunftsfähigkeit des Landes recht: Wenn sie sich durchsetzen, hat es meine Generation in der Tat schwer, eine blühende Zukunft zu erleben. Die Frage ist: Wer klaut hier also wem die Zukunft? ◀

¹ Als erstes berichtete die oberhessische Presse über den Fall: www.op-marburg.de/Marburg/Fridays-for-Future-Demos-Klimaaktivist-kaempft-um-77.000-Euro

² www.welt.de/politik/deutschland/article197729841/Fridays-for-Future-Jannik-Schestag-streitet-um-Rueckzahlung-von-70-000-Euro.html

³ www.welt.de/wirtschaft/article198622037/Greta-Thunberg-Jetzt-ist-ihr-Segeltrip-nicht-mehr-sauber.html

⁴ In: Der Spiegel 31/2019, S. 24–27.

⁵ Lausanne Climate Declaration, einsehbar unter <https://smileforfuture.eu/results/threadreaderapp.com/thread/1093585992173477888.html>

⁶ www.welt.de/regionales/hamburg/article190784003/Fridays-for-Future-Wie-ein-moderner-Kinderkreuzzug.html

Maximilian Tarrach

studiert im Master Philosophie und ist als freier Autor in Berlin tätig. Auf seinem Blog «Philosophische Auszeit» (philosophischeauszeit.wordpress.com) schreibt er über politische und philosophische Fragen. Zuletzt erschienen ist von ihm ein Essay mit dem Co-Autor Helmut Krebs: «Liberalismus im Zeitalter der Globalisierung».

Die absurdesten Bewegungen

Dank Internet und Social Media erwachsen auch aus Ansichten «spezieller» Natur schnell ganze Communities. Vier Beispiele.

von *Lukas Rühli*

Voluntary Human Extinction Movement (VHEMT)

Das Motto der «Bewegung für das freiwillige Aussterben der Menschheit» lautet: «Mögen wir lange leben – und aussterben.» Sie ermutigt Menschen dazu, aus ökologischen Gründen, also um unseren Planeten zu retten, von einer Reproduktion abzusehen. Die auf ihrer Website gelisteten Fragen sind vielfach durchaus interessant – so z.B.: «Wozu diese Bewegung, wenn doch die Geburtenraten schon überall sinken?», «Braucht eine wachsende Wirtschaft eine wachsende Bevölkerung?» oder «Wer soll einst unsere Renten bezahlen?».

Die Antworten sind dagegen meist wenig erhellend. Sie atmen durchwegs den Geist des Menschen als Störenfried auf dieser Erde. Wenigstens sieht die VHEMT von aktiver Menschenverachtung bewusst ab – im Unterschied zur «Church of Euthanasia»: Diese predigt zur Weltrettung auch Schwangerschaftsabbruch, Kannibalismus und – immerhin – Analverkehr.

Incels

Incel steht für «Involuntary Celibacy», zu Deutsch etwa «unfreiwillige Sexabstinenzler». Dass gewisse Menschen – fast nur Männer – ihr Leben lang gegen ihren Wunsch Jungfrau bleiben, ist zwar kein neues, aber ein bisher gesellschaftlich unterschätztes Phänomen. Verlässliche Statistiken dazu fehlen, doch es scheint plausibel, dass etwa 10 Prozent aller Männer davon betroffen sind. Internetforen ermöglichen Geplagten einen anonymen, niederschweligen Austausch. Daraus hat sich eine eigentliche Bewegung entwickelt. Sie verfügt über ein eigenes Wiki (incels.wiki), in dem man sich z.B. darüber informieren kann, warum Incels «Chads» und «Stacys» hassen. So wird etwas, das Betroffenen im Sinne einer Selbsthilfegruppe eigentlich helfen könnte, zur Gefahr: Statt Beratung und Abhilfe zu suchen, bestärkt man sich gegenseitig in Opferrollen und suhlt sich in Rachefantasien gegen die Sexhabenden. Die mitunter auch ausgelebt werden: 2014 tötete der 22jährige Elliot Rodger in Santa Barbara 6 Studenten, verletzte 13 weitere und richtete danach sich selbst. Er hinterliess ein frauenverachtendes Manifest und wurde damit zum Helden der späteren Incel-Bewegung. Gar eine Incel-Rebellion rief Alek Minassian aus, als er – sich auf Rodger berufend – 2018 in Toronto mit einem Lieferwagen 10 Menschen tötete.

Jediismus

Die Jediisten haben sich die Jedi-Religion der «Star Wars»-Saga zum Vorbild genommen. Bei Volksbefragungen in Grossbritannien gaben 2001 derart viele Einwohner «Jedi» als Religion an, dass diese ein eigenes numerisches Kürzel erhielt – 896 für «Jedi-Knight». Neuseeland ging sogar noch weiter und ernannte den Jediismus nach einem ähnlichen Befragungsergebnis zu einer offiziellen Religion. Ihr Hauptkonzept ist die «Macht»: ein Energiefeld, das alle lebenden Dinge erzeugen und das diese umgibt und durchdringt. Anders als in den grossen, monotheistischen Weltreligionen wird die Macht nicht personifiziert. Ein Jedi sieht es als Pflicht an, selbst für sein Tun und Nichttun geradestehen, ohne dazu indirekt genötigt zu werden. Das Grundverständnis des Jedi ist durch gegenseitigen Respekt und nie durch gewolltes Beherrschen anderer geprägt. Insofern ist wohl keine Religion liberaler als der Jediismus.

Flat Earth Society

Gemäss der Meinungsforschungsplattform Yougov sollen 2 Prozent der US-Amerikaner davon überzeugt sein, die Erde sei eine Scheibe. In deren Zentrum die Arktis, nach aussen hin die «südlicheren» Erdteile, begrenzt durch einen ringförmigen Eiswall: die Antarktis. Zweifellos hat auch dieser Bewegung das Internet zu neuer Popularität verholfen. Welchem Zweck allerdings die Verschwörung aller Weltregierungen und Millionen (gekaufter) Wissenschaftler über eine Erde in Kugelform dienen soll, bleibt ungewiss. Beeindruckend ist hingegen, wie diverse Flat Earther keine Kosten und Mühen scheuen, ihre Weltanschauung «wissenschaftlich» zu beweisen. Am bekanntesten ist wohl der Versuch des Raketennarrs «Mad Mike» Hughes. Eine Spendenaktion zum Bau einer eigenen, durch ihn bemannten Rakete verlief vorerst im Sand. Bis er auf die Idee kam, das Projekt als Flacherdebeweis zu framen. Die Gelder flossen plötzlich und Hughes Altmetallrakete beförderte ihn 2018 tatsächlich 572 Meter über den Grund der Mojave-Wüste. Leider reichte diese Höhe nicht, um den angestrebten Beweis zu erbringen. Wir empfehlen ihm als nächstes die Buchung eines herkömmlichen Passagierflugs. ◀

Lukas Rühli

ist Redaktor dieser Zeitschrift.

Medien mobilisieren: So einfach geht's

Wie Extinction Rebellion Journalisten zu Aktivisten macht.

von Ronan McNern

Am Anfang steht die Frage, wie eine Idee zu einer Realität und dann zu einem gängigen Begriff wird. Ich habe viele Jahre im PR-Bereich gearbeitet: In dieser Zeit habe ich Konzeptideen für ein Start-up-Unternehmen uninteressierten Medien vorgestellt, Ideen, die keinerlei Medienreaktionen auslösten. Dann bekamen wir den ersten bahnbrechenden Medienbericht, der immer am schwersten zu erreichen ist. Ist die Tür erst einmal einen Spalt offen, folgt weiteres Interesse, zuerst spärlich, später als wahre Flut.

Das alles gilt auch für unsere Kommunikationsstrategie zum Klima- und Umweltnotstand. Die Geschichte, die Extinction Rebellion zu erzählen hat, ist von einzigartiger Bedeutung. Das Publikum ist letztlich denkbar gross: Es umfasst nämlich praktisch alle. Aber Extinction Rebellion verfolgt – zumindest vorerst – nicht die Strategie, alle zu erreichen. Als wir unsere Medienkampagne planten, mussten wir irgendwo anfangen, also begannen wir mit den Menschen, die den Ruf am wahrscheinlichsten hören würden.

Unsere Medienarbeit basiert auf den Forschungsergebnissen von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan, die belegen, dass für einen gesellschaftlichen Wandel die aktive, dauerhafte Beteiligung von nur 3,5 Prozent der Bevölkerung benötigt wird. Eben diese 3,5 Prozent wollen wir einbinden. Die erste Aktion, die Extinction Rebellion im Oktober 2018 im Vereinigten Königreich organisierte, unterstrich die einzigartige Vorgehensweise der Gruppe, die sie von früheren Bewegungen unterscheidet: In einem wunderbar kreativen Akt des Widerstandes besetzte sie vorübergehend das Greenpeace-Büro und brachte Kuchen, Blumen und einen Liebesbrief mit. Das sollte sagen: «Greenpeace, wir lieben euch, aber wir müssen reden. Es gibt einen Notstand, und ihr habt dabei eine Rolle zu spielen.» Die Aktion zielte zudem auf Leute, die vom üblichen «Umweltaktivismus» desillusioniert und bereit waren, unsere Notstandsbotschaft zu hören.

Aufbau einer soliden, authentischen Beziehung

Einigen eingebetteten Journalistinnen boten wir exklusiven Zugang zu dieser Aktion an. Dazu gehörten «Real Media» (eine wichtige britische Video-News-Webseite), «The Guardian» (dessen Berichterstattung zum Thema Klima und Ökologie unübertroffen ist) sowie «The Canary» (eine der führenden alternativen Nachrichtenquellen im Vereinigten Königreich), denn wir wollten Leute ansprechen, die nach unserer intuitiven Einschätzung

bereit waren, den Appell zu hören. Vorrang hatte für uns auch die Presseagentur Press Association, obwohl sie nicht in die Bewegung eingebettet war: Ihre Meldungen werden von zahlreichen Medien aufgegriffen. Diese Strategie legte die Saat für das, was kommen sollte. Die Extinction-Rebellion-Kampagne zielte nie auf den Versuch ab, eine einmalige Berichterstattung zu erreichen. Vielmehr geht es darum, eine klare Botschaft zu vermitteln und nach und nach eine solide, authentische Beziehung zu Journalistinnen aufzubauen, damit sie ein umfassendes Verständnis der allgemeinen Gefahr entwickeln, mit der wir konfrontiert sind.

Ein Grundgedanke dieser Strategie war sicherzustellen, dass wir vermittelten, warum die Protestierenden zivilen Ungehorsam praktizieren. Auf diese Weise hofften wir zu vermeiden, dass die Berichterstattung der Medien sich ausschliesslich mit Festnahmen befasste. Vielmehr sollte sie stärker auf den Kontext eingehen und nuancierter berichten, warum Demonstrantinnen bereit waren, für diese Sache ihre Freiheit zu riskieren. Als Extinction Rebellion am 31. Oktober 2018 die Rebellionserklärung auf dem Parliament Square in London verkündete, hatten wir daher bereits das Interesse anderer Medien und der Öffentlichkeit geweckt. Von da an sollte unsere Arbeit in zwei Hauptsträngen erfolgen: Sie sollte engagiert diejenigen ansprechen, die ein offenes Ohr für unseren Aufruf hatten, und sie sollte sich über eine E-Mail-Liste für Pressemitteilungen und Erklärungen breiter an andere Medien wenden.

Auf unserer Seite

Etwa um diese Zeit begannen einzelne Journalistinnen, persönlich mit uns Kontakt aufzunehmen, um uns im Vertrauen zu sagen, sie stünden auf unserer Seite und seien Rebellinnen. Meine Antwort an diese Leute war und ist die Aufforderung: Sie sollten weiterhin tun, was sie in ihrer eigenen Machtposition oder einflussreichen Stellung unternehmen könnten; da draussen gebe es viele ähnlich gesinnte Journalistinnen. Und zusammen könnten wir die Welt verändern. Der nächste wichtige Moment kam unmittelbar vor dem Rebellion Day 1 am 17. November 2018, einer Protestaktion, bei der Extinction Rebellion fünf Themsebrücken in der Londoner Innenstadt blockierte. Vorab luden wir eine grössere Journalistengruppe zu einer Pressekonferenz ein, darunter Vertreterinnen von BBC,

«Independent», «New Statesman», sowie zahlreiche unabhängige und freischaffende Fotografinnen und Filmemacherinnen. Ein anwesender Journalist erklärte, er erlebe es zum ersten Mal, dass eine Aktivistengruppe sich vor einer Aktion den Medienvertreterinnen stelle und darlege, was sie für ihre Sache zu tun gedenke. Sie hörten auch zum ersten Mal Aktivistinnen sagen, dass sie anstrebten, sich festnehmen zu lassen, fügte er hinzu.

Diese Pressekonferenz führte zu einem besseren Verständnis der Ziele und Vorgehensweisen von Extinction Rebellion, besonders bei der BBC (auch wenn es ihrer Berichterstattung vielleicht nicht auf Anhieb anzumerken war). An diesem Punkt wiesen wir Teammitgliedern wichtige Medien zu, zu denen sie engere Verbindungen halten sollten. Unsere Beziehungen zu Sky, ITV, «The Times», «Sunday Times» und anderen vertieften sich nach und nach, was uns wiederum Möglichkeiten eröffnete, die über die unmittelbaren Nachrichtenmeldungen hinausgingen.

Überschwemmt mit Hilfsangeboten

Im Dezember 2018 richtete Extinction Rebellion dann an verschiedenen Orten des Vereinigten Königreichs einige Störaktionen gegen die BBC, um die potentiell transformative Rolle zu unterstreichen, die der Rundfunk- und Fernsehsender bei der Schaffung eines Bewusstseins für den Klimanotstand spielen könnte. Wir wussten, dass viele in der BBC gern mehr über den Klimawandel berichten würden: Es war klar, dass unser Druck von unten sie befähigen könnte, sich innerhalb des Senders für einen Wandel einzusetzen. Als Folge unseres Aktionstages wurde vielen in der BBC allmählich klar, dass die lautstarken Proteste von Extinction Rebellion einen hilfreichen Fokus der Berichterstattung lieferten – einer Berichterstattung, die zu einem breiteren Publikum im ganzen Land durchdringen konnte.

Als gegen Ende des Jahres 2018 die erste Rebellionswelle abebbte, war es Zeit für eine Pause, um Platz zu schaffen für die Tausenden neuer Aktivistinnen, die sich engagieren wollten – regional, national und weltweit. Unter ihnen waren Journalistinnen, die Extinction Rebellion mit Hilfsangeboten überschwemmen. Und so begann die Planung für eine Ausweitung der Bewegung durch International Rebellion. Im April 2019 erlebten wir, dass mehr als tausend Leute ihren Kopf für den Klimanotstand hielten. Diese spektakuläre, andauernde Protestaktion ermöglichte es uns, rund um die Welt Schlagzeilen zu machen, und eröffnete uns damit bessere Möglichkeiten denn je, die Wahrheit über die Klimakatastrophe und den ökologischen Notstand zu verbreiten.

Da es in London so viele Nachrichtenmeldungen gibt, sind Exklusivkontakte zu Journalistinnen auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Strategie, damit die Medien, an die wir uns hauptsächlich richten, wissen, dass wir ihnen allen individuelle Möglichkeiten bieten, ihre eigenen Geschichten zu bekommen. Bislang hat unsere Strategie im grossen und ganzen funktioniert. Unser Medienteam ist ebenso gewachsen wie die Zahl der Journalistinnen, mit denen wir zusammenarbeiten. Wir hatten im Verei-

nigten Königreich wie auch in den internationalen Medien eine positive Berichterstattung.

Direkte Kommunikation in WhatsApp-Gruppen

Vor einigen Jahren habe ich eine WhatsApp-Gruppe für meine Familie eingerichtet. Sie hat unsere Kommunikation miteinander verändert und es uns ermöglicht, stärker im Leben der anderen Familienmitglieder präsent zu sein. Die Unmittelbarkeit von WhatsApp spielte auch eine wesentliche Rolle für die Kommunikation innerhalb unseres Medien- und Messagingteams. So veränderte die Schaffung einer WhatsApp-Gruppe für Journalistinnen, die sich für Neuigkeiten von Extinction Rebellion interessieren, unsere Beziehung zu ihnen. Nach und nach wurde dies zu einem äusserst wirkmächtigen Kommunikationsmittel mit den Medien während dieser internationalen Rebellion, da Meldungen bereits unmittelbar, nachdem wir sie der Gruppe gepostet hatten, erschienen. Ebenso wie in meiner Familie konnte Extinction Rebellion für Journalistinnen präsenter und menschlicher werden und sich von der Förmlichkeit mancher traditionellen Kommunikationsmittel absetzen. Wenn nötig, benutzten wir neben einer Fülle anderer Apps und Plattformen die Signal-App für besser gesicherte Mitteilungen.

Mittlerweile ist Extinction Rebellion ins Mainstream-Bewusstsein durchgedrungen, zumindest im Vereinigten Königreich. Aber das ist erst der Anfang. Die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, ist es, die Extinction-Rebellion-Geschichte in jeden Lebensbereich zu bringen: in die gesamten internationalen und nationalen Medien und die unzähligen vertikalen Mediensektoren (Konsum, Lifestyle, Gesundheit, Bildung usw.). Wir sind wie ein Start-up-Unternehmen, das seinen Mediendurchbruch geschafft hat. Jetzt ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es keine Eintagsfliege war. Wir wissen, dass viele in den privaten und öffentlichen Medienhäusern ebenfalls einen Wandel wollen. Alle, die Interesse haben, sich in unserem Medien- und Messagingteam zu engagieren, laden wir ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Journalistinnen sagen wir: In dem transformativen Wandel, der notwendig ist, ist Platz für euch. Wir alle müssen mitwirken, wenn wir dem Klimanotstand die Stirn bieten, etwas Grundlegendes verändern und der Gesellschaft eine neue Ausrichtung geben wollen. ◀

Dieser Text ist ein Abdruck aus dem Buch «Wann wenn nicht wir*. Ein Extinction Rebellion Handbuch», herausgegeben von Sina Kamala Kaufmann, Annemarie Botzki und Michael Timmermann. Aus dem Englischen übersetzt von Ulrike Bischoff. © 2019 S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Ronan McNern

ist Medienstrategie der Bewegung Extinction Rebellion, einer Bewegung, die sich mit zivilem Ungehorsam gegen das Aussterben von Tieren und Pflanzen und das mögliche Aussterben der Menschheit als Folge der Klimakrise und der Vernichtung von Lebensraum einsetzt.

Schlummernde Vulkane

Damit eine Protestbewegung zündet, braucht es nicht nur ein drängendes Problem, sondern auch die passende Gelegenheit. Meist baut die scheinbar spontane Eruption auf sehr unspontaner Vorbereitung auf.

von Jochen Roose

Die Geschichte des Kampfes zwischen David und Goliath ist immer wieder aufs neue faszinierend. Und so fasziniert auch die Geschichte von Greta Thunberg die Welt. Da weigert sich eine schwedische Schülerin, zur Schule zu gehen, und setzt sich stattdessen mit einem Schild vor das Parlament in Stockholm, um für besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Nur ein Jahr später finden in vielen Ländern Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern unter dem Titel «Fridays for Future» statt. Greta Thunberg ist zu einer Art Ikone geworden, bewundert und umjubelt, aber auch kritisiert und gehasst. Mit einem Pappschild hat sie eine länderübergreifende Klimaschutzbewegung ins Leben gerufen. Es ist das aktuelle Beispiel für die eruptive Kraft sozialer Bewegungen. So scheint es zumindest. Wenn wir genauer hinsehen, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Bewegungen werden zwar oft recht überraschend sichtbar, doch es gibt immer eine längere Vorgeschichte. Die spontane Eruption von Protest baut auf sehr viel unspontaner Vorbereitung auf.

Protest als Organisationsproblem

Protest ist zunächst eine Organisationsaufgabe. Wie sonst sollten Menschen wissen, wann sie wo demonstrieren oder eine Petition unterschreiben sollen? Proteste und Bewegungen bauen also auf einer organisatorischen Infrastruktur auf. Friedhelm Neidhardt beschrieb soziale Bewegungen als «mobilisierte Netzwerke von Netzwerken». Es braucht Ressourcen, um solche Netzwerke aufzubauen und am Leben zu erhalten, und Menschen, die sich langfristig engagieren, um mehr oder minder formal verfasste Gruppen und Organisationen zu gründen. So entstehen lose Verbindungen. Über die Zeit können sich daraus starke Strukturen bilden, die eine erhebliche Zahl von Freiwilligen einbinden und nennenswerte Ressourcen zusammenbringen. Ihre Aktivitäten können lange Zeit auf einen lokalen Rahmen beschränkt und der breiten Öffentlichkeit nicht bewusst sein. Kommt es dann aber zu einem Anlass, zu einer Gelegenheit, lassen sich über diese Netzwerke viele Menschen mobilisieren, die wiederum weitere neu einbinden. Grosse Proteste entstehen keineswegs «aus dem Nichts». Das gilt auch für «Fridays for Future». Bevor Greta Thunberg sich zum ersten Mal vor das schwedische Parlament gesetzt

hat, hat sich in der Klimabewegung über Jahrzehnte viel bewegt. Eine Vielzahl von Organisationen hat sich mit Klimawandel beschäftigt und zu Protesten aufgerufen. Treffen haben stattgefunden, Vereinbarungen wurden ausgehandelt, von den einen gelobt, von den anderen kritisiert. Die Vorgeschichte reicht sogar noch deutlich weiter zurück. Schon lange bevor vom Klimawandel die Rede war, hat die Naturschutz- und Umweltbewegung mobilisiert. Bevor eine Bewegung als Bewegung sichtbar wird, hat ein langer Prozess der Vernetzung stattgefunden.

Mit der Verbreitung von Internet und sozialen Netzwerken haben sich die Möglichkeiten der Vernetzung verändert. Nicht nur ist Kommunikation schneller und billiger geworden, es ist auch leichter möglich, Gleichgesinnte zu finden und Kontakt zu ihnen aufzunehmen. Heute ist es sehr viel einfacher, eine Infrastruktur für Protestmobilisierung zu finanzieren und sich über grosse Distanzen zu vernetzen. Doch diese Vereinfachung ist ein zweischneidiges Schwert, denn sie führt auch zu einer Inflationierung von Protestmobilisierern. Nicht nur, dass immer irgendwer irgendwo mit irgendetwas unzufrieden ist, es können auch alle (oder zumindest sehr viele) Menschen ihr Anliegen in die Welt hinausposaunen, Gleichgesinnte kontaktieren und auf die Dringlichkeit genau dieses einen Anliegens, so speziell es auch sein mag, mit Nachdruck aufmerksam machen. Ein Blick auf einschlägige Webseiten für Petitionen mag dieses Argument illustrieren. Umgekehrt muss sich nun jedes Protestanliegen in einer immer grösseren Konkurrenz von Protestthemen behaupten. Dies gilt für die Mobilisierung von Unterstützern genauso wie für die Ansprache von Adressaten. Beide Seiten werden dann in immer schnellerer Folge von Protestanliegen überhäuft.

Informieren und Überzeugen

Um in dieser Konkurrenzsituation zu bestehen, sind gute Argumente umso wichtiger. Es braucht eine Position und deren Unterfütterung, die viele Menschen überzeugt. Aber was sind «gute» Argumente und was überzeugt viele? Ausgangspunkt einer Bewegung ist immer ein Problem. Doch Probleme gibt es nicht als solche in der Welt. Ein Problem ist die Abweichung des Ist-Zustandes von einem Soll-Zustand – entsprechend muss die Bewegung darlegen, wie die Situation faktisch ist. Ein Schlüssel ist dabei eine



«Grosse Proteste
entstehen
keineswegs
«aus dem Nichts».»

Jochen Roose

Jochen Roose, fotografiert von Jörg Klamm.

«Es gibt die Vorstellung eines authentischen, plötzlichen Aufbegehrens des Volkswillens, der einem Vulkan gleich lange vor Unzufriedenheit brodelte und sich dann mit einem Mal Bahn bricht.»

Jochen Roose

wissenschaftliche Absicherung der Argumente. Nicht in jedem Fall ist das möglich. Manche Befunde sind uneindeutig, manche Zusammenhänge lassen sich nicht schlüssig nachweisen. Auch Alltagsplausibilität kann ein Ersatz für wissenschaftlich abgesicherte Evidenz sein.

Hinsichtlich der Frage, was als Tatsache akzeptiert wird, hat sich in den letzten Jahren viel verändert. Vor allem rechtspopulistische Parteien und Bewegungen untergraben gezielt die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft und stellen den Wahrheitsanspruch wissenschaftlicher Erkenntnisse in Frage. Ähnliches gilt für die Massenmedien als Verbreitungsorgane geprüfter und damit wahrer Information. Expertise und Wissenschaftlichkeit als Goldstandard für den Beleg von Tatsachen werden systematisch angegriffen. Der Vorwurf der «Lügenpresse» stellt ganz grundsätzlich die Glaubwürdigkeit von Zeitungen und Massenmedien in Frage. Stattdessen dienen ungeprüfte Einzelbeispiele, oft verbreitet über soziale Netzwerke, als Beleg und Wahrheitstest – wenn es denn überhaupt eines Beleges bedarf und den Unterstützern nicht schon der Verweis genügt, man «wisse» es ja. Kritik am Nachweismonopol der Wissenschaft ist aber keineswegs ein neues Phänomen. Die Umweltbewegung stellt beispielsweise bereits seit den

1970er Jahren die alleinige Deutungshoheit der Naturwissenschaften insbesondere in bezug auf Risikotechnologien wie Atomenergie oder Gentechnik in Frage. Die Antwort dieser Bewegung war damals aber nicht (oder nicht dauerhaft) der Verzicht auf Expertise, sondern der Aufbau von Gegenexpertise. Sie entwickelte den Anspruch, selbst fachlich sprechfähig zu werden und die interpretatorischen Spielräume innerhalb des wissenschaftlichen Prozesses zu beleuchten. In welchem Masse die aktuellen rechtspopulistischen Mobilisierungen einen ähnlichen Weg beschreiten werden, ist noch offen.

Mit der Feststellung von Tatsachen ist es für eine Bewegung aber noch nicht getan. Eine Situation, so gut sie auch belegt sein mag, wird erst dann zum Problem, wenn sie zentrale Werte verletzt. Soziale Ungleichheit etwa ist nur dann problematisch, wenn sie gegen eine gesellschaftlich erwartete Gleichheit verstösst, die Rodung eines Waldes ist es nur dann, wenn sie als die Zerstörung bewahrenswerter Natur betrachtet wird. Eine Bewegung erhält umso mehr Stosskraft, je wichtiger die verletzten Werte für einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung sind. Wenn sie imstande ist, glaubhaft darzulegen, warum die Situation gegen eine zentrale gesellschaftliche Norm verstösst, kön-

nen Empörung und Widerspruch entstehen. Ist der Wert selbst dagegen nicht genügend verankert, wird auch eine Abweichung keinen nennenswerten Widerspruch hervorrufen. Wenn beispielsweise der Erhalt einer gänzlich unverfälschten Schriftsprache kein wichtiger Wert ist, hat es auch die Mobilisierung gegen eine Rechtschreibreform schwer.

Bewegungen sind in dieser Hinsicht allerdings erfinderisch. Sie können neue, zuvor wenig verbreitete Werte mit anderen in Beziehung setzen, um ihre Sichtweise anschlussfähig zu machen. Mag die Unverfälschtheit einer Schriftsprache auch wenig wichtig erscheinen, der Schutz historischer Kulturgüter könnte es durchaus, und wenn es gelingt, die Schriftsprache als ein solches Kulturgut zu verstehen, könnte das Anliegen Gehör finden – oder auch nicht. Letztlich ist oft schwer vorherzusagen, was in einem bestimmten Moment überzeugt und was als unrealistisch oder irrelevant abgetan wird. Die Frage, welche Werte und Argumente in einer Gesellschaft plausibel erscheinen und «Resonanz» erzeugen, weist über die bewussten Werte und Normen einer Gesellschaft hinaus. Darum hat sich die Bewegungsforschung auf die Suche nach den Tiefenstrukturen des Denkens gemacht und will herausfinden, was für absolut offensichtlich und was für ganz und gar irrsinnig gehalten wird. Die Selbstverständlichkeiten sind weit schwerer zu fassen als die formulierbaren Überzeugungen. Dieses Interesse ist nicht nur ein akademisches, sondern zum Teil auch ein Anliegen der Bewegungen selbst. Beispielsweise haben Bewegungen rund um Geschlechterfragen – wie die Frauenbewegung, Homosexuellenbewegung und solche für die Anerkennung und Emanzipation anderer sexueller Orientierungen – in einem langen Prozess der Mobilisierung und Argumentation die Sichtweise der Gesellschaft grundlegend verändert. Was vor hundert Jahren offensichtliche Gegebenheit war, ist heute Gegenstand höchst kontroverser Debatten.

Gelegenheiten und Zufälle

Was allerdings Menschen letztlich überzeugt und wie Protestakteure anderen die Wichtigkeit ihres Anliegens nahelegen können, ist damit keineswegs geklärt. Wir beobachten oft, dass die Ideen und Argumente einer Bewegung über längere Zeit im Raum stehen, ohne dass viel geschieht, und auf einmal an Durchschlagskraft gewinnen, breit mobilisieren und ernst genommen werden. Diese Kippmomente stehen im Zusammenhang mit Gelegenheiten, die die Erfolgsaussichten einer Mobilisierung deutlich verändern. Wenn sich etwa das politische Gefüge verschiebt und Personen mit Sympathien für das Anliegen einer Bewegung in einflussreiche Positionen gelangen, kann ihr das Auftrieb geben. Unvorhergesehene Ereignisse wie Naturkatastrophen oder auch der Reaktorunfall von Fukushima können Sichtweisen untermauern oder einen weitgehenden Konsens aufbrechen. Gelegenheiten können sich aber auch in öffentlichen Debatten ergeben, wenn neue Argumente ins Feld geführt werden und eine alternative Sichtweise plausibel machen.

Unter welchen Bedingungen sich etwas verschiebt oder welches Ereignis einer Bewegung sprunghaft Auftrieb verleihen kann, lässt sich kaum vorhersagen. Und damit auch nicht, wann welche Bewegung in der öffentlichen Debatte auftaucht – sicher ist nur, dass mehrere Voraussetzungen zusammentreffen müssen. Es gibt immer einen Vorlauf, der erst mit dem Erstarren der Bewegung ins Blickfeld kommt. Schon lange vorher sind Netzwerke entstanden und wurde argumentativ eine Sichtweise vorbereitet.

Spontaneität und Planung

Das macht den immer wiederkehrenden Streit darüber, ob eine Bewegung neu oder alt ist, verständlich. Bewegungen stellen sich gerne als neu dar. Es gibt die Vorstellung eines authentischen, plötzlichen Aufbegehrens des Volkswillens, der einem Vulkan gleich lange vor Unzufriedenheit brodelnd und sich mit einem Mal Bahn bricht. Diese Authentizität des Leids, das zu lange ertragen wurde und nun ungestüm herausbricht, verleiht Bewegungen Überzeugungskraft und wird deshalb gerne gepflegt. Bewegungen leben auch von ihrem Mythos. Und so basieren die «Fridays for Future»-Demonstrationen eben auch auf der Geschichte, die eine schwedische Schülerin schrieb – die moderne Variante des Kampfes von David gegen Goliath.

Und genauso regelmässig bemühen sich die jeweiligen Gegner, die lange Vorbereitungsphase und Infrastruktur hinter einem Protest darzulegen. Es soll gewissermassen entlarvt werden, wie viel Vorbereitung hinter dem Protest steckt, welche bekannten Akteure ihn von langer Hand geplant haben und «steuern». Beide Darstellungen sind gleichermaßen richtig wie müssig: Proteste sind organisiert und drücken dennoch ein persönliches Anliegen aus, denn ohne Überzeugung lassen nur wenige Menschen mobilisieren. Ob Proteste eruptiv und spontan oder von langer Hand geplant sind, ist aber gar nicht entscheidend, sondern wie gross die Unterstützung wirklich ist und welche Bedeutung ihre Ziele für die Gesellschaft haben. Und da ist dann das politische System mit seinen Institutionen und Verfahren gefragt. ◀

Jochen Roose

ist Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Abteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Als Privatdozent lehrt er an der Freien Universität Berlin und arbeitet unter anderem zu politischer Partizipation, sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft. Er ist Mitherausgeber des Forschungsjournals «Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft».